

SPD. Dresden, 30. Januar (Eig. Drahtb)

Im Zentrum der Arbeiterstadt Dresdens, in der Freiburger Strasse, haben die Nationalsozialisten kürzlich in provokatorischer Weise einen Zigarettenladen eröffnet. Wiederholt sammelten sich grössere Menschenmengen vor dem Geschäft an. Am Freitag-Nachmittag wurde in dem Hause eine Fensterscheibe zertrümmert. Die Polizei griff ein, konnte aber gegen die drohende Menschenmenge, die aus Kommunisten bestanden haben soll, nichts ausrichten. Es musste weitere Hilfe herbeigerufen werden. Erst nach längerer Zeit gelang es, die Menge auseinanderzutreiben. Etwa 25 Personen wurden verhaftet. Ein Beamter trug eine klaffende Wunde über dem Auge davon.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit:

"Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Donnerstag und Freitag mit der Finanzlage des Reiches. Die Auffassung der Fraktion über die Unrichtigkeit der Etatansätze in den Einnahmen und die nicht genügende Bewertung des Niederganges der Konjunktur ist inzwischen durch die Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuss ausdrücklich bestätigt worden. Da gleichwohl der Reichsfinanzminister bis jetzt keine Anstalten getroffen hat, den Reichshaushalt durch die in dem Antrag der Deutschen Volkspartei geforderten Ersparnisse von mindestens 300 Millionen Mark vor der von ihm selbst zugestandenem Gefahr zu schützen, hat die Reichstagsfraktion ihren Vorsitzenden beauftragt, dem Herrn Reichskanzler keinen Zweifel darüber zu lassen, dass die Fraktion mit aller Entschiedenheit auf ihrer Forderung beharren müsse. Die Fraktion wird in einer weiteren Sitzung beim Zusammentritt des Reichstags zu dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler Stellung nehmen."

+ + +  
Es wird der Volkspartei niemand verübeln, dass sie "auf ihrer Forderung beharrt". Etwas anderes ist es, ob sie auch auf ihre Erfüllung unter allen Umständen zu bestehen beabsichtigt. Davon ist in der obigen Entschliessung nichts zu lesen. Tatsächlich scheint es, dass die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion es nicht auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen will. Aber wenn die Herren Volksparteiler schon Abstriche fordern, dann sollten sie mindestens auch sagen, wo die Abstriche vorgenommen werden sollen.

SPD. München, 30. Januar (Eig. Drahtb)

Am 30. Januar hat die bayerische Regierung dem Staatsgerichtshof die angekündigte Klage gegen das Reich übermittelt und darin beantragt, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 enthaltenen Vorschriften über Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung für rechtsungültig zu erklären, da sie mit den Vorschriften der Reichsverfassung nicht vereinbar seien. Der Klage ist eine ausführliche Begründung beigegeben, in der es unter Darlegung der staatsrechtlichen Verhältnisse u.a. heisst:

"Das Notverordnungsrecht nach Artikel 48 ist an die Reichsverfassung gebunden. Diese hat die Steuerhoheit der Einzelstaaten auf dem Gebiet der Landesabgaben nur durch gewisse Vorschriften des Artikels 11 eingeschränkt, im übrigen aber bestimmt, dass das Reich sich auf eine Grundsatzgesetzgebung im vorgeschriebenen Rahmen zu beschränken hat. Im Wege der Grundsteuergesetzgebung können aber nur allgemein gültige Rechtssätze und Richtlinien für den Landesgesetzgeber aufgestellt werden, während die Bestimmungen des Steuervereinheitlichungsgesetzes in der Notverordnung sich unmittelbar an die Realsteuerpflichtigen des Landes wenden und mit unmittelbarer Wirkung viele Einzelheiten auch im Vollzug einschliesslich des Steuergebotes, des Steuertarifs und der Steuerbefreiung so erschöpfend geregelt hat, dass den Ländern wesent-

liche Befugnisse der Steuerhoheit überhaupt nicht mehr verbleiben. Die Reichsregierung hat also die verfassungsmässigen Grenzen der Grundsatzgesetzgebung nicht eingehalten. Für den Fall, dass man die Notverordnung als Rahmengesetz im Sinne des Uebergangsgesetzes vom 9. April 1927 ansieht, ist dem entgegenzuhalten, dass dieses Gesetz dem Reich keine neue verfassungsmässige Zuständigkeit zu ungunsten der Länder schaffen wollte, und dass infolgedessen jedes Rahmengesetz sich auf dem Boden der Reichsverfassung bewegen muss."

Inbezug auf die politische Seite der Angelegenheit erklärte der Ministerpräsident Dr. Held in einer Pressekonferenz, dass die bayerische Regierung mit dieser Verfassungsklage der Reichsregierung absolut keine Schwierigkeiten machen will. Sie hätte das in Berlin wiederholt wissen lassen und dabei den Eindruck erhalten, dass der Reichsregierung wenigstens in ihrer Spitze in der Verkoppelung des Steuervereinheitlichungsgesetzes mit der Notverordnung grundsätzlich nichts gelegen sei. Diese Regelung sei überhaupt nur auf Betreiben einer einzelnen Partei (gemeint ist die Deutsche Volkspartei.D.Red.) und der hinter ihr stehenden grossindustriellen Wirtschaftsgruppen erfolgt, um auf diesem Wege des Zwanges zu erreichen, was durch die stecken gebliebene Reichsreform versagt blieb. Bayern fühle sich bei der Durchführung dieser Verfassungsklage als Vertreterin des Länderprinzips, das vollständig aufgegeben würde, wenn die Notverordnung in dieser Richtung aufrecht erhalten bliebe. Es handle sich bei der Ausmerzung des Steuervereinheitlichungsgesetzes aus der Notverordnung um ein Lebensrecht für alle deutschen Länder und nicht etwa um eine bayerische Extrawurst.

-----

SPD. Weimar, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Universität Jena wählte den Direktor der Universitäts-Augenklinik Professor Löchlein im zweiten Wahlgang zu ihrem Rektor.

Als vor wenigen Tagen Professor Pape von der juristischen Fakultät zum Rektor gewählt wurde, liess Herr Frick den Senat der Universität wissen, dass ihm dieser Rektor "minder genehm" sei. Der Senat protestierte nicht etwa gegen diese bewusste Missachtung der Entscheidungsfreiheit der Universität, sondern beeilte sich, dem parteilpolitischen Manöver des Herrn Frick Rechnung zu tragen, indem er Pape fallen liess und jetzt Löchlein an seine Stelle gesetzt hat. Pape fiel, weil er bis vor 6 Jahren Sozialdemokrat war, ohne sich jedoch in der Folgezeit noch weiter politisch zu betätigen. Löchlein folgte ihm, weil er seinerzeit dem Rufe des Sozialdemokraten Greil nach Jena nicht gefolgt war:

-----

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die neue Regierung Laval, der Zahl nach die achte seit den Neuwahlen von 1928, hat sich am Freitag dem Parlament vorgestellt.

Die allgemeine Stimmung den neuen Männern gegenüber war nicht gerade günstig. Laval, in der Arbeiterbewegung und in der sozialistischen Partei gross geworden, hat mit der Bildung seines jetzigen ausgesprochen reaktionären Kabinetts den endgültigen Bruch mit seiner Vergangenheit vollzogen. Schon deshalb steht die sozialistische Partei seiner Regierung in schärfster Opposition gegenüber. Auch die Radikalen haben der neuen Regierung bereits den Krieg erklärt und für die erste Vertrauensabstimmung Fraktionszwang beschlossen. Im reaktionären Lager selbst regt sich ebenfalls starke Unzufriedenheit. Laval wollte zwar auf die Unterstützung der reaktionär-klerikalen Marin-Gruppe nicht verzichten, trotzdem brachte er es fertig, den Links- und Mittelparteien gegenüber die Weiterentwicklung der religionslosen Schule zu versprechen. Marin aber hat ihm die schlimmste Feindschaft angesagt, falls er dieses Versprechen in die Tat umsetzen sollte.

Man kann sich vorstellen, dass die Regierungserklärung unter den obwaltenden

den Umständen recht farblos und vorsichtig ausgefallen ist. Im Vordersatz gibt Laval zunächst der Linken, im Nachsatz der Rechten alle möglichen Zusagen. Charakteristisch für diese Schaukelpolitik ist das erste Kapitel der Regierungserklärung, das von der Aussenpolitik handelt. Frankreich wolle den Frieden, so heisst es im ersten Satz, und die neue Regierung werde daher methodisch und geduldig alle Bemühungen um die Organisation des Weltfriedens in enger Zusammenarbeit mit allen denjenigen Regierungen fortsetzen, die von dem gleichen Friedenswillen und von dem gleichen Glauben an den Wert der Verträge beseelt seien. Aber - so wird in einem Nachsatz schleunigst hinzugefügt - darüber werde man weder die Sorge um die nationale Sicherheit preisgeben noch die bereits bestehenden Bande mit den befreundeten Nachbarnationen vergessen. Im zweiten Kapitel über die nationale Sicherheit wird nicht weniger widerspruchsvoll erklärt, dass man zwar entschlossen sei, sich einer gerechten und rationellen Abrüstung anzuschliessen, trotzdem aber die Politik der nationalen Verteidigung fortsetzen werde, da sie allein die Sicherheit und die Unabhängigkeit Frankreichs garantieren könne. In der Schulpolitik wird der Ausbau der kostenlosen Einheitsschule, gleichzeitig aber auch die volle Lehrfreiheit zugesagt. In der Sozialpolitik werden ohne nähere Erläuterung "praktische und wirsamen Reformen" versprochen. Es folgt dann die Aufzählung der wichtigsten parlamentarischen Arbeiten, die zur Erledigung stehen, angefangen von der Genehmigung des Budgets und des Fünfjahresplans zur Hebung der Wirtschaft bis zum besonderen Schutz der Landwirtschaft und dem industriellen Ausbau der Kolonien. Die Wirtschaftskrise, die sich in Frankreich gerade in dem Augenblick besonders fühlbar mache, wo im Ausland schon die ersten Anzeichen einer Besserung sich zeigten, müsse durch eine Politik des Preisabbaus und der Rationalisierung bekämpft werden. Gleichzeitig werde man sich auch den Bemühungen anschliessen, die eine wirtschaftliche Reorganisation Europas zum Ziele hätten. Unter leiser Anspielung auf den Oustric-Skandal verspricht die Erklärung dann die Stärkung der öffentlichen Moral und strengste Gerechtigkeit allen gegenüber. Sie schliesst mit einem recht bescheiden klingenden Aufruf an die Eintracht unter den Parteien im Dienste der nationalen Interessen.

Die Aufnahme der recht lang geratenen Regierungserklärung war ziemlich frostig. Die Sozialisten und die übrigen Linksparteien verfehlten nicht, die ewigen "zwar" und "aber" in jedem Programmkapitel mit ironischen Zurufen zu unterstreichen. In der allgemeinen Aussprache ergriff zunächst der kommunistische Abg. Cachin das Wort, um in einer schon traditionell gewordenen Rede zu behaupten, wie viel besser es dem Proletariat in Russland als in der übrigen Welt ergehe.

SPD. Ein grosser Teil der vom Reichsverkehrsministerium zur Uebernahme in die preussische Polizei vorgeschlagenen Offiziere des Reichswasserschutzes ist inzwischen in den preussischen Staatsdienst eingestellt worden. Die mehreren dieser Offiziere in der Presse vorgeworfene Betätigung für staatsfeindliche Organisationen hat sich erfreulicherweise als unzutreffend herausgestellt. Insofern sind die Offiziere durch den Erlass des preussischen Innenministers, nach dem vor der Einstellung dieser Offiziere Erkundigungen über deren politische Betätigung eingeholt werden mussten, rehabilitiert worden.

Von den aus dem Mannschaftsstand hervorgegangenen und in der Vorschlagsliste des Reichsverkehrsministers nicht verzeichneten Offizieren des Reichswasserschutzes sind ebenfalls mehrere in den preussischen Staatsdienst übernommen worden.

SPD. In der Presse wird zur Zeit die Frage diskutiert, was in dem Zehnjahresplan stehen wird, von dem der Reichskanzler Brüning in seiner Kölner Rede gesprochen haben soll. Reichskanzler Dr. Brüning sagte in Köln :

"Nicht alle Pläne der jetzigen Reichsregierung können in diesem Augenblick schon der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Man muss mit einem klar durchdachten und überlegten Plan, nicht auf drei Monate, sondern auf ein Jahrzehnt, kommen und alle Massnahmen des Augenblicks und der nächsten Zukunft auf die grossen Gesichtspunkte dieses Planes einstellen."

Aus diesem Wortlaut geht klar hervor, dass ein fertiger Plan der Reichsregierung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik für das nächste Jahrzehnt nicht besteht. Wir sehen den Sinn der Äusserung Brünings vielmehr in dem richtigen Hinweis, dass jede Politik, die erfolgreich sein will, sich nicht darauf beschränken darf, in der unmittelbaren Gegenwart zu wirken, sondern dauernde Besserung für die Zukunft bringen muss. Angesichts der Schwierigkeiten die jetzt schon der Politik der Regierung Brüning für die unmittelbare Gegenwart begegnen, wird man sich vorstellen können, um wieviel grösser die Schwierigkeiten der Aufstellung eines 'Zehnjahresplans' sein würden.

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Aussage, die der Aufsichtsratsvorsitzende der Oustric-Bank, Henry Manuel, vor der Untersuchungskommission gemacht hat, ist sensationell und für den ehemaligen Finanz- bzw. Justizminister Péret überaus belastend. Manuel erklärte, dass das Zulassungsdekret für die Snia Viscosa-Aktien zur Pariser Börse am 23. Juni 1926 um elf Uhr abends unterzeichnet wurde, und zwar in Pérets Privatwohnung. Am nächsten Tag um acht Uhr morgens habe der neue Finanzminister Caillaux die Geschäfte übernommen. Mit dieser Aussage ist bewiesen, dass Péret im letzten Augenblick und als er nur noch mit der Führung der laufenden Geschäfte betraut war, die Zulassung der Snia Viscosa-Aktien veranlasst hat. Manuel begrüsst weiter, dass er sich deshalb so gut erinnere, weil er gerade an diesem Abend den Bankier Oustric und den Unterstaatssekretär Vidal zum Abendbrot eingeladen hatte. Beide seien aber statt um acht Uhr erst um elf Uhr nachts erschienen mit der fröhlichen Erklärung, dass sie im letzten Augenblick den Finanzminister doch zur Unterzeichnung des Zulassungsdekrets gebracht hätten, allerdings dank des Zuspruchs von Pérets "Privatsekretär". Dieser famose Privatsekretär war Pérets Tochter.

SPD. Die Feststellungen, dass der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger für fünf Tage neben seinen Bezügen als Postinspektor 362,50 Mark an Aufwandsentschädigungen vom Reichstag, vom Staatsrat und vom Verwaltungsrat der Reichspost erhalten ist, ist der nationalsozialistischen Presse so unangenehm, dass sie sie vollkommen totschweigt. Selbstverständlich erfahren die nationalsozialistischen Leser auch nichts davon, dass Herr Sprenger unrechtmässig 60 Mark für Reiseentschädigung beansprucht hat, obwohl er überhaupt keine Reise gemacht hat, für die er Gebühren erheben durfte. In Frankfurt a.M., dem Wohnort von Sprenger, wo er Stadtrat ist, haben die Nazis in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu den Vorwürfen gegen ihren "Führer" Stellung nehmen müssen. Aber wie? Ihr Redner hat nicht etwa das Verhalten von Sprenger verurteilt, sondern offen erklärt, Sprenger werde "inzwischen in Berlin etwas gelernt" haben, und "warum solle er nicht einmal Diäten schlucken, soviel er bekommen könne".

Sprenger scheint allerdings inzwischen doch ein Licht darüber aufgegangen zu sein; denn er hat sich trotz seines einnehmenden Wesens herabgelassen, 30 Mark von seinen zuviel erhobenen Gebühren an die Reichspost zurückzuliefern.

Man wird dieses Eingeständnis der Schuld mit Genugtuung als einen Erfolg; der öffentlichen Kritik an dem Verhalten Sprengers begrüßen können. Es bleibt aber die Frage: Wann wird Herr Sprenger die zweiten zuviel erhobenen 30 Mark zurückzahlen, wann wird er sich wegen seiner zu hohen Ansprüche an die preussische Staatskasse zu einer Änderung bequemen, und was wird von der Reichspost und dem preussischen Staat gegen den Herrn Postinspektor geschehen, der keinen Dienst tut und nichts zur Einnahmebeschaffung für die Reichspost beiträgt, sondern nur für seine eigene Tasche sorgt.

Zur Abrundung des Bildes dieses lieblichen Herrn sei eine Äusserung aus seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember zitiert. Dort sagte Herr Sprenger gegen die Linke:

"Was verstehen denn Sie von dem Beamtentum und seiner Psyche? Sie kennen davon nur eines, das ist die Futterkrippe. Jene Hingabe, die Pflicht, Dienst am Volke zu tun, ohne Rücksicht auf Entgelt, ohne Rücksicht auf Einkommen, ohne Rücksicht auf Dienststunden, ist in Ihren Kreisen doch unbekannt..... Erst als Sie mit Ihren Parteibuchbeamten - ich möchte bei nahe sagen: wie Fassadenkletterer - in die Beamtenlaufbahn hineingeklettert waren, als Sie durch Korruption aller Art diese bis dahin saubere Beamten-schaft in Misskredit in der Öffentlichkeit gebracht hatten....."

Nach Herrn Sprenger ist also jeder Parteibuchbeamte ein bestechliches Subjekt, der wie ein Fassadenkletterer einen Griff in die Kasse machen möchte. Wir glauben, dass nach diesen Aussprüchen jeder - ausser Herrn Sprenger selbst - in ihm den reinsten Typ des Fassadenkletterers erkennen wird. Zu diesem Wortführer ist der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nur zu gratulieren. Wir haben den dringenden Wunsch, dass er noch lange Zeit ihr Wortführer bleiben wird.

#### Hitler gegen Sprenger?

Die neueste Nummer des "Illustrierten Beobachters" der Nazis enthält eine Abhandlung Hitlers über "Kampfkraft und Auslese", die wie eine Anklage gegen den Fassadenkletterer Sprenger klingt. Hitler schreibt:

"Höchste Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, dass nicht irgendwelche inneren Uneinigkeiten innerhalb der Mitgliedschaft der Bewegung zu einer Spaltung und damit zur Schwächung der Arbeit in der Bewegung führen. Infolge ihres ersten Sieges sind so viele schlechte, unwürdige, besonders aber feige Elemente in die Organisation der Partei gekommen, dass diese Minderwertigen über die Kampfkraftigen schliesslich das Übergewicht erlangen und die Bewegung nun in den Dienst ihrer eigenen Interessen zwingen, sie auf das Niveau ihrer eigenen geringen Heldenhaftigkeit herunterdrücken und nichts tun, den Sieg der ursprünglichen Idee zu vollenden."

Die Nazi-Bewegung in den Dienst seines "eigenen Interesses" gestellt, hat Herr Sprenger. Also gehört er zu jenen "schlechten und unwürdigen" Elementen, von denen Hitler oben spricht. Die Konsequenz daraus hat aber die Nazi-Bewegung bisher nicht gezogen. Was Herrn Sprenger zur Last gelegt wird, fällt damit auf die nationalsozialistische Partei zurück. Sie redet von der "Reinheit" im politischen Leben und tut in der Praxis, wie der Fall Sprenger zeigt, das Gegenteil!

SPD. Genf, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kommission des Internationalen Arbeitsamtes zur Prüfung des Arbeitslosenproblems hat am Freitag nach scharfen Auseinandersetzungen ihren Bericht an den Verwaltungsrat fertiggestellt. In ihm werden zuerst die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufgezählt und dann die Massnahmen, die zu ihrer sofortigen Milderung und allgemeinen Bekämpfung für notwendig befunden werden. Ueber die Frage der Arbeitszeit und der Löhne konnten sich die Arbeiter und die Unternehmer nicht einigen, weshalb dem Verwaltungsrat beide sich einander wider-

sprechende Anschauungen vorgetragen werden.

Als Ursachen der Arbeitslosigkeit zählt der Bericht periodisch wiederkehrende und durch die Umwälzung des Krieges und der Nachkriegszeit bewirkte Umstände auf. So 1) die landwirtschaftliche Ueberproduktion in einigen Produkten durch besonders gute Ernten und die ohne Rücksicht auf die verminderte Konsumfähigkeit gesteigerten Anbauflächen. 2) die anarchische Produktion der Industrie, die in keinem Verhältnis zur Nachfrage steht. 3) Den Mangel an Vertrauen, der ungleiche Goldverteilung, die schlechte Kapitalzirkulation und grosse Einschränkungen zur Folge hatte. 4) Der Preissturz des Silbers mit seinem Valutarückgang in den Ländern mit Silberwährung. 5) Die zu hohen Produktionskosten gewisser Länder. 6) Die Unruhe im internationalen Handel durch die Entwicklung neuer Produktionszentren zusammen mit den künstlichen Hemmungen des internationalen Austausches. 7) Die politischen Hindernisse, die sich der rationellen Ausbeutung der Weltreichtumsquellen entgegenstellen. Darüber sollen endgültige weitere Erhebungen vom Internationalen Arbeitsamt und dem Völkerbund angestellt werden.

Als dringende Massnahmen werden den Regierungen empfohlen: 1) Systematische Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises mit dem Ziel der Zusammenarbeit zur Aufstellung von Programmen für die Beschäftigung Arbeitsloser und zur nötigen Wiedereinstellung der von den technischen Auswüchsen betroffenen Erwerbslosen. 2) Die Entwicklung der Unterstützung und Versicherung gegen teilweise und volle Arbeitslosigkeit durch sofortige Staatshilfe, ohne die Wiedereinstellung von Arbeitern in Bedarfsbranchen in oder ausser Landes zu gefährden. 3) Öffentliche Arbeiten zur Ueberwindung der schwachen und privaten Unternehmungen, dazu mit Hilfe des Völkerbundes Verständigung über gemeinsame Durchführung grosser internationaler Arbeiten. 4) Politik der internationalen Zusammenarbeit für Freizügigkeit und Unterbringung von Arbeitern in Bedarfsländern zur Erweiterung der Aufnahmemärkte für Arbeitende. 5) Zusammenarbeit der nationalen Wirtschaften mit dem Ziel, die vollkommene Gemeinschaftlichkeit herzustellen.

Ueber Massnahmen hinsichtlich der Arbeitszeit und der Löhne inbezug auf die Arbeitslosigkeit konnte sich die Kommission nicht einigen. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer haben verschiedene Anschauungen aufgestellt. Die Arbeitnehmer verlangen eine gerechte Verkürzung der Arbeitszeit oder des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche, mit Rücksicht auf die Steigerung des Ertrages, der in der Industrie durch die Vervollkommnung der Produktionsmethoden entstanden ist. Ferner fordern sie direkte Mittel, um die Arbeitslöhne zu steigern in den Ländern, in denen die Löhne augenblicklich ungenügend sind, um dadurch einen unerträglichen Faktor der Konkurrenz zu beseitigen und die Kaufkraft zu steigern. Die Unternehmer stellen dagegen fest, dass die von den Arbeitern vorgeschlagenen Massnahmen nicht nur unwirksam seien sondern dem verfolgten Zweck entgegenarbeiteten und noch viel grössere Unruhe hervorrufen könnten. Sie sind überzeugt, dass eine der wichtigsten Massnahmen, um das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, darin bestehen muss, die Produktionskosten und die Handelsspesen in der Weise zu vermindern, dass die Kaufkraft der Gesamtheit der Verbraucher durch eine Erweiterung der Arten der Beschäftigung erreicht werde.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Die Beratungen des Reichskanzlers Dr. Brüning mit den Vertretern der Grünen Front wurden am Freitag in einer eingehenden Schlussitzung in der Reichskanzlei zu Ende geführt. Abschliessend konnte der Reichskanzler feststellen, dass im Rahmen eines agrarpolitischen Gesamtplanes eine grundsätzliche Einigung über die erforderlichen Hilfsmassnahmen erzielt worden sei, für die er sich zusammen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Reichskabinett einsetzen werde. Die Vorlage über

einen solchen agrarpolitischen Gesamtplan wird nunmehr ungesäumt im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeitet. Im Laufe der kommenden Woche wird sich das Reichskabinett damit befassen.

+ + +  
"Neue Zugeständnisse auf handels- und zollpolitischem Gebiet, wie sie von der "Grünen Front" bisher gefordert wurden, sind in dem agrarpolitischen Gesamtplan nicht enthalten. Das Ziel des Planes läuft hauptsächlich darauf hinaus, durch ein Zusammenwirken der agrarischen Organisationen eine Steigerung des Ertrages und Gewinnes zu erreichen.

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Marschall Pilsudski, Polens Diktator, der auf der Insel Madeira seiner Gesundheit entgegengeht, hat sich, wie der "Paris Midi" mitteilt, für die kommenden Monate die Erledigung eines reichhaltigen politischen Arbeitsprogramms vorgenommen. Vor allem beabsichtigt er auf der Rückreise in Rom sowohl beim Papst als auch bei Mussolini offizielle Besuche zu machen.

In Warschau will Pilsudski sofort nach seiner Ankunft die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen und einige diplomatische Umgruppierungen veranlassen. So soll der jetzige polnische Außenminister Zaleski als Botschafter nach Paris geschickt werden, während der jetzige polnische Botschafter in der französischen Hauptstadt, Chlapowsky, nach Rom versetzt werden soll. Das polnische Außenministerium werde in die Hände des dem Marschall sehr ergebenen Obersten Beck gelegt werden.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Gandhi hat dem "Daily Herald" am Freitag aus Alahabad nachstehendes Telegramm gesandt :

"Ich prüfe die in der Schlussrede MacDonalds zur Londoner Konferenz gegebenen Tatsachen. Auf den ersten Blick erscheinen die Zugeständnisse und das Ergebnis der Konferenz vollkommen ungenügend. Aber in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der indischen Konferenzteilnehmer will ich vollkommen vorurteilslos an die Fragen herantreten und auf die dringenden Bitten von Sastri, Sápru und Jayakar habe ich mein Urteil zurückgestellt. Ich suche eifrig nach einem Weg zu einem ehrenvollen Frieden, der Indien zu jener Freiheit führt, die es erstrebt und fordert. Die Freilassung der Führer des allindischen Kongresses und ihrer Frauen ist ungenügend und hat wenig Erfolg. Zur Schaffung einer geeigneten und ruhigen Verhandlungsatmosphäre ist die Freilassung aller politischen Gefangenen, Zurückziehung der Unterdrückungsmaßnahmen und die Rückgabe des konfiszierten Eigentums unbedingt notwendig. Am 21. Januar wurden sehr bekannte indische Frauen, die an keiner Ungesetzlichkeit teilgenommen haben, unbarmherzig geschlagen und malträtirt, weilsie eine Prozession zu einer Protestversammlung gegen die Misshandlung von Arbeitern geführt haben. Ueber 150 Personen wurden verletzt. Am indischen Unabhängigkeitstag wurden in Kalkutta Versammlungen wider Erwarten verboten und gewaltsam auseinandergejagt. Der Bürgermeister von Kalkutta, Bose, wurde geschlagen, verhaftet und zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt (Bose war tags zuvor amnestiert worden und hatte sofort wieder eine Rede gehalten, in der er nach den offiziellen Mitteilungen die Massen zum Boykott und zum Widerstand gegen die Gesetze aufgereizt haben soll. D.Red.). Am gleichen Tag wurden in Behar fünf Männer getötet und ein Dutzend verwundet, als Folge der polizeilichen Zerstreuung einer ähnlichen Versammlung. Kongress- und andere Organisationen einschliesslich Frauenvereinigungen werden immer noch als ungesetzlich erklärt. Die fortgesetzten Unterdrückungen machen unsere Freilassung und alle Amnestie wertlos

und berauben sie des beabsichtigten Zweckes."

Der "Daily Herald" sagt zu diesem Telegramm in einem Leitartikel: Trotz aller Beschwerden Gandhis beweise das Telegramm, dass neue Hoffnung für einen friedlichen Ausgleich in Indien vorhanden sei. Der baldige Weg für Verhandlungen sei offen und eine weise und mutige Staatsmannschaft in beiden Lagern könne mit Geduld, Verständnis und gutem Willen die Basis für einen ehrenhaften Frieden finden.

-----

SPD. Hannover, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In Lüchow (Hannover) ist wieder einmal eine Landbund- und Stahlhelmsäule geborsten.

Der Kreislandbund Lüchow hat nach einer stundenlangen Vorstandssitzung seinen bisherigen Geschäftsführer Dr. Jaenicke fristlos entlassen. Jaenicke, der auch Kreisführer des Stahlhelms war, hatte sein Konto um mehr als 10 000 Mark überzogen. Unter seiner Leitung hatte der Kreislandbund ein grosses Landbuhdhaus mit einem Kostenaufwand von 90 000 Mark gebaut. Als das Haus fertig war, kostete es aber 30 000 Mark mehr als im Voranschlag vorgesehen war und die notleidenden Landbündler mussten Sonderumlagen und Extrabeiträge aufbringen. Jaenicke hatte auch eine Landvolk-Zeitung ins Leben gerufen, die in übelster Weise gegen die Republik und besonders gegen die Sozialdemokratie kämpfte. Auch sie verschlang riesige Zuschüsse.

Wie es heisst, soll die Geschäftsführung Jaenickes einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, da man erhebliche Unredlichkeiten vermutet.

-----

SPD. Rom, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Das offiziöse Organ des Vatikans, der "Observatore Romano", beschäftigt sich am Freitag in einem Leitartikel mit der Abrüstungskonferenz, der einen Aufruf an die ganze Welt, vor allem an die Katholiken darstellt, sich zu Vorkämpfern der Abrüstung zu machen. Die Millionen Katholiken hätten die Pflicht, jenen Päpsten zu folgen, die immer wieder die Abrüstung der Völker verlangt hätten. Das Programm der Abrüstung dürfe nicht mehr das sein, dass Macht vor Recht gehe. Gerade der sogenannte "bewaffnete Friede" hätte auch zum Weltkrieg geführt. In der endlich erfolgten Festsetzung der ersten Abrüstungskonferenz müsse man einen Akt des guten Willens sehen, der die grösste Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und ihre vollste Unterstützung verdiene, nicht aber mit Skepsis aufgenommen werden dürfe.

In dem Artikel wird schliesslich dargestellt, wie die Päpste der letzten Jahrhunderte gegen den bewaffneten Frieden und für die Abrüstung eingetreten seien. Die Welt könne nicht zu dem notwendigen Frieden kommen, wenn die Rüstungen nicht aufs äusserste eingeschränkt würden.

-----

SPD. Buenos Aires, 30. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Freitag kam es in Buenos Aires in einem anarchistischen Klub zu einem Revolvergefecht zwischen Anarchisten und der Polizei. Zwei Anarchisten und zwei Polizisten wurden im Verlaufe des Streites getötet. Die übrigen Mitglieder des Klubs wurden verhaftet.



SPD. Bochum, 30. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der Ruhrbergbau hat sich am Freitag in einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt und beantragt, von einer Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages abzusehen und gegebenenfalls neue Verhandlungen mit Polen bei geänderter Grundlage aufzunehmen.

In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die Förderung an der Ruhr in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 um 18,3 Prozent, die Koksherstellung um 26,1 Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen sei. Die Haldenbestände seien um das 5,3 Fache auf 10 Millionen Tonnen gestiegen. Das sei die Förderung von 30 Tagen. Die ausländische Kohle werde zu Preisen auf dem deutschen Markt angeboten, mit denen der Bergbau den Wettbewerb nur noch unter den allerschwersten Opfern aufnehmen könne. Wenn nunmehr ausser dem englischen Bergbau auch der polnische zu dem deutschen Bergbau in Konkurrenz trete, so müsse davon eine geradezu vernichtende Verschlimmerung der gegenwärtigen Wettbewerbslage befürchtet werden.

-----

SPD. Obwohl seit Mitte Dezember ein fertiger Gesetzentwurf über die Osthilfe vorliegt, der nach grundsätzlicher Billigung durch alle in Frage kommenden Instanzen jederzeit vom Reichskabinet dem Reichstag zugeleitet werden könnte, sind in den letzten Wochen, insbesondere seit der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Ostreise, immer neue Osthilfeprojekte von den Interessenten aufgestellt worden.

Im Vordergrund des Interesses steht ein Entwurf, der gewisse industrielle und agrarische Wünsche miteinander verknüpft. Nach diesem Entwurf soll das Aufkommen aus der Aufbringungsumlage der Industrie im Jahre 1932 zum grössten Teil und vom Jahre 1933 ab in vollem Umfange einem Zweckvermögen zugeführt werden, das von der Bank für Deutsche Industrieobligationen verwaltet werden soll. Etwa  $\frac{4}{5}$  dieses Zweckvermögens sollen für landwirtschaftliche Umschuldungshypotheken ausgeliehen werden. Träger der Umschuldungsaktion sollen sogenannte Haftungsverbände der umgeschuldeten Landwirte werden, die einen Teil des Ausfallrisikos der Umschuldungshypotheken tragen und die erforderlichen Leistungen durch Umlage von ihren Mitgliedern erheben sollen.

Bei der Durchführung der Umschuldung sollen die staatlichen Stellen weitgehend ausgeschaltet werden. Dagegen soll das Reich die gesamte Zinslast für die umgeschuldeten Landwirte übernehmen, während deren eigene Leistungen ausschliesslich der Tilgung der ihnen gewährten Umschuldungsdarlehen angerechnet werden sollen. Mit Hilfe einiger zunächst noch in keiner Weise in ihrer Durchführung gesicherten Finanztransaktionen, für die der Kredit des Reiches eingesetzt werden soll, sollen anleihebeträge aufgebracht werden, die teils mit Hilfe von Sonderleistungen des Reiches, teils aus dem in den nächsten Jahren zu erwartenden Aufkommen aus der Industriebelastung getilgt und vom Reich verzinst werden sollen.

Dieses Projekt, das im Gegensatz zu dem noch vor 6 Wochen vom Reichskabinet grundsätzlich gebilligten Gesetzentwurf steht, wird von einigen Reichsstellen im Augenblick ernsthaft diskutiert. Obwohl zuzugeben ist, dass die Beschränkung der mit der Osthilfe verbundenen agrarpolitischen Massnahmen auf das gegenwärtige Osthilfegebiet im wesentlichen nur finanzielle Gründe hat und bei einer Erweiterung der gegebenen finanziellen Möglichkeiten eine Einbeziehung weiterer Teilgebiete der deutschen Ostens in die Osthilfe notwendig ist, so erscheint es angesichts der ernststen Finanzlage des Reiches unmöglich, schon heute auf Reichseinnahmen in Höhe von sechshundert Millionen Reichsmark für die Zwecke der landwirtschaftlichen Osthilfe zu verzichten. Vielmehr erscheint es zweckmässig, die Ausdehnung erst dann vorzunehmen, wenn sich die Erfahrungen aus der gegenwärtig im Gange befindlichen Osthilfe übersehen lassen und auch über die Lage der Reichsfinanzen grössere Klarheit besteht.

Jedenfalls aber ist ein Verzicht auf Reichseinnahmen zugunsten eines Sondervermögens der Industrie nicht zu verantworten. Mit Recht haben massgebende Poli-

tiker bürgerlicher Parteien kürzlich davon gesprochen, dass der Pluralismus der politischen und wirtschaftlichen Mächte öffentlich-rechtlichen Charakters in Deutschland unerträglich werde und die Durchführung einer einheitlichen Staatspolitik mehr und mehr unmöglich mache. In dieser Zeit, in der die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands so ernst ist wie noch nie, sollten neue Träger grosser wirtschaftlicher Machtbefugnisse ausserhalb des Bereiches der Staatspolitik nicht ins Leben gerufen werden. Gegen die Schaffung eines solchen Zweckvermögens der Industrie spricht insbesondere auch die Tatsache, dass das agrarische Vorbild dieses Zweckvermögens, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, keineswegs dieanfängs vielfach in sie gesetzten Erwartungen erfüllte.

Auch die andere, in dem erwähnten Osthilfeprojekt vorgesehene Neuschöpfung, die öffentlich-rechtlichen Haftungsverbände umgeschuldeter Landwirte, kann schon unter diesem Gesichtspunkt nicht gebilligt werden. Ihre Ueberflüssigkeit bedarf kaum eines Beweises, bestehen doch in allen preussischen Provinzen und ausserpreussischen Ländern öffentlich-rechtliche verwaltungskörperschaften der Landwirtschaft und freien landwirtschaftlichen Verbände und Vereine privaten Charakters in grosser Zahl. Neben die Ueberzahl landwirtschaftlicher Organisationen noch eine neue Organisation zu setzen, deren Konstruktion offensichtlich nur den einen Zweck hat, der Reichs- und Staatsregierung berechtigten Einfluss zu verwehren und Funktionen zu übernehmen, die besser von bereits bestehenden Behörden von Reich und Staat ausgefüllt werden, ist weder unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsreform noch unter dem einer Konzentration der Regierungsgewalt in den Händen der Reichs- und Staatsregierung vertretbar.

Offenbar handelt es sich hier um ein Gegenseitigkeitsgeschäft zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Reichslandbund, die die Vielzahl der öffentlichen Gewalten in Deutschland um zwei neue Organisationen bereichern wollen, in denen die gegenwärtig in beiden Organisationen einflussreichen Gruppen sich für die Dauer Stützen ihrer Macht sichern wollen.

Abgesehen davon, dass es für die Reichsregierung schwierig sein sollte, einem solchen privaten Interessentenpakt ihre Sabktion zu geben, bleibt es unverständlich, wie ein solches Projekt die Zustimmung der ausschlaggebenden Länder und eine Mehrheit im Reichstag finden soll.

SPD. Paris, 30. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der radikale Abgeordnete Richard erinnert im weiteren Verlauf der Kammerdebatte zunächst an die sozialistische Vergangenheit Laval's und zitierte ein Wort aus jener Zeit: Die Bourgeoisie sei schon so sehr im Abstieg begriffen, dass sie ihre Minister aus den Müllkästen der sozialistischen Partei zusammensuchen müsse. Aber auch Laval habe es heute für gut befunden, die Arbeiterschaft preiszugeben und sich dem Kapitalismus anzuschliessen. Sein Kabinett sei noch reaktionärer als das Tardieu's. Man brauche nur daran zu denken, dass 20 seiner Mitglieder noch im letzten Jahre gegen die Einheitsschule gestimmt hätten, die sie jetzt auszubauen und zu entwickeln versprochen hätten.

Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure erinnerte an die Tatsache, dass er noch 1919 mit Laval im gleichen Wahlkreis und auf dem gleichen Wahlvorschlag kandidiert habe. Die sozialistische Partei habe sich in Laval aufs schwerste getäuscht. Mit lebhaften Worten erwiderte der Ministerpräsident: "Herr Faure, ich habe mich in Ihnen getäuscht!" Weiter erklärte Paul Faure, dass die Regierung Laval nur eine Uebergangsregierung sei und nur den Platz für Tardieu freihalten solle. Sofort erhob sich Tardieu, als wenn er noch Ministerpräsident wäre, um zu protestieren. Seine ungestüme Intervention wird von den Abgeordneten der Linken mit schärfsten Zwischenrufen gekennzeichnet. Zum Schluss seiner Rede erklärte Faure, die Regierungserklärung sei leer, weich und inhaltslos gewesen, genau wie die neue Regierung nichts anderes sei als ein schönes Trugbild.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die englischen Eisenbahngesellschaften, die 600 Arbeiter beschäftigen, beabsichtigen die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich auf 48 Stunden zu erhöhen und die Ueberstundenbezahlung zu ermässigen. Die Gewerkschaften haben zu diesen Vorschlägen noch keine Stellung genommen.

SPD. Gotha, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Zusammenbruch des Konsumvereins in Halle wirkt sich auch auf den unter kommunistischer Leitung stehenden Bezirkskonsumverein in Gotha aus. Um den Verein zu halten hat der Geschäftsführer in einer Betriebsratssitzung die Zustimmung des Betriebsrates zu einem Lohnabbau bis zu 20 Prozent und den Verzicht auf Bezahlung von rund 900 Ueberstunden, die in den letzten vier Wochen vom Personal geleistet wurden, gefordert. Er betonte dabei ausdrücklich, dass die Leitung mit aller Schärfe ihre Forderung vertreten werde.

Der Betriebsrat hat die Zustimmung zu dieser ungeheuren Forderung mit der Motivierung abgelehnt, dass er erst mit den in Frage kommenden Gewerkschaften Rücksprache nehmen müsse.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Freitag wurde in Whitehaven (Cumberland) eine Grube von einem schweren Unglück betroffen, dem 28 Tote und 30 Verletzte zum Opfer fielen. Drei Jahre zuvor haben in der gleichen Grube 39 Bergleute den Tod gefunden.

Am Schachteingang spielten sich schreckliche Szenen ab, Szenen der Freude über den glücklich aus der Grube kommenden Geretteten, Szenen der Trauer, als die ersten Toten ausgefahren und erkannt wurden. 80 Kinder sind durch das Unglück ihrer Väter beraubt worden. Die Stadt Whithaven kann als eine Stätte des Unglücks bezeichnet werden. In den letzten 20 Jahren mussten 190 in Whithaven wohnende Bergarbeiter ihr Leben in den Gruben lassen, davon allein 136, die im Jahre 1910 durch ein Unglück am gleichen Tage getötet wurden.

SPD. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages verwarf am Freitag den nationalsozialistischen Antrag, das gegen den Abg. Dr. Löpelmann beim Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg und von Berlin schwebende Disziplinarverfahren einzustellen. Ebenso lehnte der Ausschuss die Einstellung des gegen den Abg. Williken beim Amtsgericht Hannover schwebenden Strafverfahrens wegen Beleidigung ab. Endlich wurde die Aufhebung des gegen den Abg. Telschow beim Amtsgericht Harburg-Wilhelmsburg schwebenden Privatklageverfahren wegen Beleidigung abgelehnt.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die am Freitag unter Teilnahme von MacDonald, Henderson und Arbeitsminister Bondfiels in London stattgefundenen Einigungsversuche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Lancashirer Aussperrungsgebietes sind gescheitert und ergebnislos abgebrochen worden. Beide Parteien haben London verlassen.

SPD. Prag, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In Marienbad wurde ein Arzt namens Dr. Maier unter dem Verdacht des Versicherungsmordes verhaftet.

Maier gestand nach 12 stündigem Kreuzverhör, seine Frau, die er mit 200 000 Kronen hatte versichern lassen, erschossen und sich dann selbst verwundet zu haben. Dr. Maier war am Mittwoch-Abend auf einer Landstrasse bei Marienbad bewusstlos neben seinem Auto aufgefunden worden; seine Frau lag erschossen neben ihm. Als Dr. Maier zu sich kam, erzählte er, dass ihn ein fremder Mann aus dem Auto gelockt, durch einen Hieb betäubt und durch Revolver-schüsse verwundet habe. Seine Frau sei durch einen Schuss in den Kopf verwundet worden. Der in der Nähe des Tatorts gefundene Revolver des Dr. Maier sowie sonstige Verdachtsmomente führten zu seiner Verhaftung. Das Geständnis bewies die Berechtigung dieses Verdachtes.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

Gerechtigkeit?

Das befremdende Urteil im Jorns-Prozess - Der angeklagte Redakteur Bornstein abermals verurteilt!

SPD. Im Jorns-Prozess verkündete die Strafkammer des Landgerichtsdirektor Ohnesorge folgendes Urteil: "Redakteur Bornstein wird wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe, im Nichteintreibungsfalle zu zehn Tagen Gefängnis, verurteilt. Sämtliche Kosten, einschliesslich der Kosten des Revisionsverfahrens, trägt der Angeklagte."

Noch kennt man nicht die ausführliche Urteilsbegründung, die einzig und allein Veranlassung geben darf, das seltsame Urteil, das von den weitesten Volkskreisen nicht verstanden werden wird, in ihren Einzelheiten kritisch zu beleuchten. Aber so viel kann man schon sagen, dass dieses Urteil mit den objektiven Ergebnissen der Verhandlung in krassem Widerspruch steht. Ob Herr Landgerichtsdirektor Ohnesorge, derselbe Richter, der seinerzeit den Nazimördern von Röntgental eine so glimpfliche Behandlung und Beurteilung angedeihen liess, tatsächlich so wenig der Objektivität fähig ist, oder ob in diesem speziellen Fall der Wille des Reichsgerichts, den Kollegen unter allen Umständen zu decken, den Blick trübte - man kann es, wie gesagt, bevor die schriftliche Urteilsbegründung nicht vorliegt, nicht entscheiden. Wenige Minuten, nachdem Herr Ohnesorge "im Namen des Volkes" erklärt hatte, was bestimmt sehr wenig im Sinne und Empfinden des Volkes liegt, sagte er bereits, dass er nicht in der Lage sei, auf alle Gründe der Entscheidung seines Gerichtes in mündlicher Formulierung einzugehen. Er stellte nur fest, dass für das Gericht massgebend gewesen sei, wie die Ausführungen des inkriminierten Artikels vom Publikum verstanden werden könnten und ob sich der Verfasser über die Wirkung klar gewesen sei. Der Zweck des Artikels war nach der Ansicht des Nebenklägers, der sich das Gericht anschliesst, Jorns Stellung als Reichsanwalt zu erschüttern und ihn unmöglich zu machen. Zwar verteidigte sich der Angeklagte mit der Behauptung, dass er nur die objektiven Mängel der Jorns'schen Untersuchungsführung angegriffen und ein vorsätzliches Handeln dem Nebenkläger nicht zum Vorwurf gemacht hätte. Wenn man den Artikel aber lese, so müsse man doch zu dem Eindruck kommen, dass hier dem Untersuchungsrichter eine Reihe von Pflichtwidrigkeiten vorgeworfen würde. Der Wahrheitsbeweis könne nicht als geglückt angesehen, der Schutz des Paragraphen 193 nach der Ansicht des Reichsgerichts dem Angeklagten nicht zugebilligt werden.

Das Urteil und seine Begründung sind ein Kuriosum und wohl nur unter dem Zwang der Verhältnisse zu erklären. Im Gegensatz zu ihm stehen die Ausführungen des Oberstaatsanwalts Köhler, der aus dem pflichtwidrigen Verhalten des Herrn Jorns in seinem Plaidoyer die Konsequenzen gezogen hat. Und so muss man noch einmal betonen: auch diese dritte, drei Monate währende Verhandlung hat das Belastungsmaterial gegen den heutigen Reichsanwalt und damaligen Kriegsrat Jorns in keiner Weise erschüttern können. Im Gegenteil: das Material ist noch um markante Details vermehrt worden.

Schon nach dem ersten Urteil, das den Angeklagten freisprach und für

Jorns, sowohl moralisch als intellektuell gesehen, vernichtend war, setzte das Kesseltreiben der Finsterlinge ein, die sich fieberhaft bemühten, aus dem Mohren Jorns einen weissen Unschuldengel zu machen. Aber auch die Berufungsinstanz verurteilte den Redakteur des "Tagebuch" nur wegen formaler Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe. Das Reichsgericht liess nicht locker, das Opfer sollte zur Strecke gebracht, der schuldige Reichsanwalt rehabilitiert werden. Der grosse Wurf ist gelungen. Und die Strafe, die den Angeklagten trifft, ist insofern besonders schwer, als ihm die Kosten aller Instanzen auferlegt werden, -ein Kostensatz, der bestimmt weit in die Zehntausende geht.

Herr Jorns kann sich wieder in die Robe des höchsten deutschen Gerichts hüllen und im Namen des Staates Recht beantragen. Die Gerechtigkeit verhüllt ihr Haupt.

+                    +                    +  
Das Geheimnis um Tausend.

---

Sachverständige über das seltsame Experiment im Münchener Hauptmünzamt

SPD. München, 30. Jan. (Eig. Drahtber.)

Auch der elfte Verhandlungstag im Münchener Goldmacherprozess war für den Angeklagten Tausend nicht weniger als günstig.

Das Gericht hörte den als Zeugen und Sachverständigen geladenen Metallhütten-Ingenieur Dr. Stener-Rainer. Der Zeuge lernte Tausend bei einem Experiment kennen, das gewöhnlichen Feldton in reine Tonerde (Aluminium-Oxyd) verwandeln sollte. Es wurde aber nichts daraus. Auch einem Goldversuch wohnte der Zeuge bei. Er erklärte, dass sich dabei eine recht bescheidene Menge Gold ergab, die zweifellos in dem als Ausgangsmaterial verwandten Eisen-Oxyd, das an sich sehr goldhaltig ist, enthalten war. Der Zeuge will die Möglichkeit nicht abstreiten, dass es nach einem der Wissenschaft bis er nicht bekannten Verfahren gelingen kann, einen grösseren als bisher bekannten Gold-Orzentsatz auszuscheiden. Aber von einer Wirtschaftlichkeit könne dabei keine Rede sein.

Nicht weniger scharf ging der Zeuge und Sachverständige Universitätsprofessor Schöllner, ein Bruder des hereingefallenen Wiener Stahlindustriellen mit dem Goldmachermärken zu Gericht. Er bezeichnete die Behauptung Tausends, Gold "erzeugen" zu können, als krasses Lamentum und Unsinn. Wenn er auch die Möglichkeit nicht von der Hand wies, dass es gelingen könnte ein besseres als der Wissenschaft bisher bekanntes Ausscheidungsverfahren zu finden.

Der Richter verlas sodann die Bekundungen der verstorbenen Fabrikbesitzerwitwe Dora Mainhold-Plauen, die Tausend sehr belastete. Tausend habe sie gerauezu mit suggestiver Kraft überredet, ihren Münchener Hausbesitz für 150 000 Mark an ihn abzutreten. Von dem Kaufpreis sollten 100 000 Mark als Einlage in den Verein gutgeschrieben und 40 000 Mark bar bezahlt werden. Erhalten hat sie nichts als zwei wertlose Goldgutscheine, von denen Tausend wahrheitswidrig behauptet, dass sie so gut wie bares Geld und jederzeit einlösbar seien.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann das Experiment im Münchener Hauptmünzamt geschildert. Kriminalkommissar Weiss stellte dar, wie er die Vorsichtsmassregeln durchführte. Tausend wird bis aufs Hemd entkleidet. Er musste sich die Nase putzen und den Mund ausspülen. Seine Fingernägel wurden eingehend untersucht und jede seiner Manipulationen aufmerksam beobachtet. Dem Zeugen fiel auf, dass Tausend am Anfang nur von tastenden Vorversuchen sprach, dann aber diese als Bestandteile des Hauptversuchs bezeichnete. Ueber den erfolgreichen Ausgang des Experiments seien die sieben anwesenden Herren ausserordentlich erstaunt gewesen. Der Zeuge glaubt nicht, dass ihm das Einschmuggeln eines Goldsplitterchens entgangen wäre. Aber ganz so einwandfrei scheint die Beobachtung doch nicht gewesen zu sein, denn der Angeklagte selbst hielt dem Zeugen vor, dass ihm einige wesentliche Details des Experiments entgangen sind.

Auch der Direktor des Münchener Hauptmünzamts, Köll, gab eine eingehende Darstellung des Münzamtversuchs und bestätigte, dass man von dem Ergebnis allgemein überrascht gewesen sei. Erst am anderen Tage seien ihm Bedenken gekommen, dass es am Ende doch nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sei. Ahnungsvoll fügte er hinzu, dass es ihm lieber gewesen wäre, wenn bei dem Versuch nichts herausgekommen wäre, weil er befürchten musste, in der Presse herumgezogen zu werden. Die Tatsache, dass Tausend bei seinem Münzamtversuch seine alten Kleider anhatte schliesse nicht aus, dass vielleicht doch ein Goldsplitterchen eingeschmuggelt sein konnte.

+ + +

### Puppen des Schicksals.

---

Der rätselhafte Sensationsprozess um die 16jährige Mörderin Lieschen Neumann - Ein Drama der sozialen Not. -

SPD. Am Ende der Freitag-Verhandlung im Berliner Prozess um die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall. Das Gericht war gerade nach Beendigung einer kurzen Beratung in den Saal zurückgekehrt, als der Angeklagte Richard Stolpe mit dem Schrei: "Aber das ist nicht wahr!" aufsprang: es sah aus, als ob er bereits im nächsten Augenblick auf den Kriminalkommissar Smettons vom Berliner Polizeipräsidium zuspringen wollte. Kriminalkommissar Smettons hatte wenige Minuten vorher bekundet, wie Lieschen Neumann bei einer ihrer ersten Vernehmungen ihm sehr ausführlich die intimen Begegnungen, die sie des öfteren mit dem ermordeten Uhrmacher Ulbrich erlebt haben will, geschildert hatte. In nichtöffentlicher Sitzung wird sich am Sonnabend vormittag Kriminalkommissar Smettons noch ausführlich über dieses Thema äussern.

Es gelang der milden, aber suggestiven Art des Vorsitzenden rasch, den Angeklagten, wenigstens äusserlich, wieder zu beruhigen. Man konnte sich aber nicht des Eindrucks erwehren: hier ist eine Welt zusammengebrochen. Die Rede, in der Stolpe am Mittwoch nachmittag dem Gericht seinen Werdegang in ziemlich sympathischer Form geschildert hatte - diese Rede war gewiss mit derselben Virtuosität einstudiert, mit der der Angeklagte seine scharf durchdachte Verteidigung angelegt, wenn auch unter dem Kreuzfeuer der verfänglichen Fragen des Gerichts nicht durchgeführt hat. Aber das eine schien und scheint echt zu sein: Richard Stolpes Liebe zu Lieschen Neumann, die, wie man sich erinnert, den vorwurfsvollen Blick des Geliebten so wenig ertragen konnte, dass auf der Anklagebank eine Umbesetzung vorgenommen werden musste. Richard Stolpe glaubte an die Treue Lieschens, und liess sie sich auch ausdrücklich vom Uhrmacher bestätigen, und Lieschen beteuerte sie ihm. Aber es steht jetzt endgültig fest, was an sich schon zu erraten war, dass Lieschen Neumann, die sowieso nicht sehr zur Wahrheit neigt, ihren Geliebten hier, aber nicht bloss hier, belogen hat. Sie selbst hat vor Gericht bisher nur das "Herumtreiben" zugegeben, das ihr Stolpe, das Letzte noch nicht ahnend, übrigens bereits auch sehr zum Vorwurf gemacht hat. Lieschens am Freitag vor Gericht gegebene Aeusserung hierzu sollte eine Entschuldigung sein: "Da war ich ja auch noch nicht schwanger, da konnte ich ja machen, was ich wollte". Immerhin eine interessante Ergänzung zu dem merkwürdigen Seelenleben der jungen Mörderin, die bei der Tötung ihres Opfers, soviel steht schon fest, wenn nicht unmittelbar antreibend, so doch sehr aktiv mitgewirkt hat, aber auf Heirat mit Stolpe um des Kindes willen drang, da sie dessen Unchelichkeit als sehr makelhaft empfunden haben würde, wie man aus einem ihrer Briefe weiss.

Stolpe ist im Grunde von der gleichen seltsamen "Moralität" beseelt, die man nicht begreifen und verstehen kann und der man nur fremd gegenüber steht. Seine Liebe war echt und sein Mord war echt. Seine Liebe war gut und sein Mord gemein. Er hat anfänglich Lieschen, die Stolpes pommerschen Schlupfwinkel übrige

gens erst, wie aus den Freitag-Bekundungen hervorging, verraten hat, nicht mit hineinlegen wollen, aber andererseits auch noch bis zum Freitag-mittag, gemeinsam mit seinem nicht sehr geschickt plädierenden Verteidiger Dr. Sidney Mendel, versucht, den beabsichtigten gemeinsamen Raubmord als solchen zu bestreiten. Es fiel aus dem Munde Stolpes das klassische Wort: "Ich habe den Menschen nicht hart angepackt". Immerhin ist der Mensch daran erstickt...

Beim ersten Verhör in Berlin sagte Stolpe aufgrund des polizeilichen Protokolls, dessen Richtigkeit er nicht bestreitet: "Wir hatten beschlossen, den Ulbrich tot zu machen". Am Freitag erklärte er, dass er das nur so ohne Ueberlegung dahingeredet hätte. Das ist nun die neue Version: er sei in den Laden gegangen, um Lieschen Neumann aus den Armen Ulbrichs zu retten. Und die Frage ist nun, hat er tatsächlich geglaubt, dass zwischen Lieschen und Ulbrich in dieser Nacht, die mit dem grausigen Mord enden sollte, nichts Intimes vorfällt? Oder wollte er die Treue seiner Geliebten, auf die er bis dahin, man kann das ruhig glauben, grossen Wert gelegt hatte, für die 200 Mark verkaufen, die als Beute dieser Nacht, ach so vergeblich, erhofft wurden?

Dann erzählte Stolpe, dass er bei der Vernehmung durch die Berliner Polizeikommissare seine Vorbesprechung - mit diesem Wort hatte er sich wieder gefangen - mit Lieschen Neumann verschwiegen hatte. Vorsitzender: "Warum verschwiegen Sie diese Vorbesprechung?" - Stolpe: "Um sie zu schonen". - Vors.: "Was verschwiegen Sie im einzelnen?" - Stolpe: schweigt. Vors.: "Dass der Plan von Lieschen ausging?" - Stolpe: minutenlanges Schweigen. Der Verteidiger schickt verzweifelte Blicke zum Himmel. Dann erklärt der Angeklagte nach eindringlichen Ermahnungen des Vorsitzenden: "Ich habe verschwiegen, dass meine Braut am Montag allein hingehen sollte für die Nacht. Lieschen sagte, dass der Uhrmacher ihr erzählt habe, dass er viel Geld da habe. Lieschen meinte, wir könnten die Gelegenheit wahrnehmen. Sie wollte hingehen. Sie sagte, es sei eine Kleinigkeit, ihn umzubringen". Vors.: "Was haben Sie denn nun zu der Erklärung gesagt, dass sie ihn umbringen will?" Stolpe: schweigt. Vors.: "Lieschen gibt zu, dass sie gesagt hat, 'wenn Ihr zu feige seid, schlag ich ihn tot'. Vors.: "Lieschen hat in der Mordnacht auch gesagt, wenn er jetzt noch nicht tot ist, schlag ich ihn mit dem Beil auf den Kopf." Stolpe: "Ich habe aber nicht den Menschen töten wollen. Ich wollte ihn nur am Schreien verhindern. Ich wollte auch verhindern, dass er getötet wird."

Dann steht Lieschen auf. Sie habe am Tage vor der Tat keine Vorbesprechung mit Stolpe gehabt. Und nicht sie habe Stolpe, sondern Stolpe habe sie angeregt, den Uhrmacher beiseite zu schaffen... Der Kriegszustand ist ausgebrochen. Keiner nimmt mehr auf den anderen Rücksicht. Jeder kämpft um seinen Kopf. Wer lügt?

Es scheint, dass beide lügen. Das Gericht wird sich bei der Urteilsfindung die grösste Mühe geben und vielleicht wird es aufgrund geschickter Kombination der äusseren Wahrheit nahe kommen. Vielleicht. Die innere Wahrheit des furchtbaren Falles, zu dessen medizinisch-kritischer Beurteilung ja auch noch die Sachverständigen ein erhebliches Wort mitzusprechen haben, ist indes schon längst offenbar. Gewiss, solche rätselhaften unsympathischen Charaktere kann man zu ergründen versuchen, darf aber nicht die Hoffnung hegen, dass die Menschheit sie nicht immer wieder erleben wird. Aber das ist auch klar: ohne so viele materielle Not, ohne diese deprimierende Arbeitslosigkeit und ohne diesen akuten Mangel an gutiger Liebe, unter dem diese hilflosen Puppen des Schicksals ständig litten, wäre der Mord am Uhrmacher Ulbrich nicht geschehen, wäre das Tier in diesen jungen Menschen nicht zum Durchbruch gekommen....

Kinder reicher Leute morden nicht. Sie kommen nicht auf den Gedanken, weil das Gefühl oder vielmehr die Gefühlslosigkeit, nicht durchkommt.

Ego

+ + +



"Juda verrecke" am Reichstag. Unbekannte Täter kratzten in der Nacht zum Freitag in der Holzverkleidung der Haupteingangstür des Reichstages ein grosses Hakenkreuz und den nationalsozialistischen Schlachtruf "Juda verrecke!" ein. Die Ermittlungen der Polizei nach den Tätern waren bisher ohne Erfolg.

+ + +  
Verhaftete Falschmünzer. Die Stockholmer Polizei hat zwei Personen, die beabsichtigten, gefälschte englische und amerikanische Banknoten im Werte von 200.000 Mark in den skandinavischen Ländern unterzubringen, verhaftet und scheint damit einer weitverzweigten internationalen Falschmünzerorganisation auf die Spur gekommen zu sein. Die Zentrale der Falschmünzer soll sich in London und Berlin befinden.

+ + +  
"Der Tor und der Tod". Im Bormes=Les=Mimosas (Südfrankreich) erregt der Tod eines reichen Mannes grosses Aufsehen. Der Alte, der inmitten seiner Reichtümer buchstäblich verhungert ist, war in der ganzen Gegend als Sonderling bekannt. Kein Knecht und keine Magd blieben bei ihm, da in seinem Hause nicht gekocjt und auf jeden Bissen Brot genau gesehen wurde. Der Millionär hatte es in der Kunst des Hungers so weit gebracht, dass er in den letzten Tagen vor seinem Tode nur noch einige getrocknete Feigen zu sich zu nehmen brauchte. Der merkwürdige Einsiedler war jedoch nicht nur als Geizkragen bekannt, sondern auch als Wohltäter. Er lehnte es ab, die Pachten und Mieten, die er für Keller, Scheunen, Behausungen usw. von armen Leuten zu bekommen hatte auch nur jemals um einen Pfennig zu erhöhen. Bis zuletzt hatten verschiedene Mieter 10 Franken pro Jahr zu zahlen. Diese Summe kassierte der Millionär persönlich am 1. Januar ein und wehe, wenn einer nicht zahlte: Er wurde dann sofort vertrieben.

+ + +  
Piscator verhaftet! Am Freitag ist Erwin Piscator in seiner Wohnung Berlin=Halensee aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Berlin=Charlottenburg festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis überführt worden. Piscator war zu einem Termin, in dem er den Offenbarungseid leisten sollte, nicht erschienen. Der Eid sollte erfolgen, da Piscator der Stadt Berlin aus dem Jahre 1928, der Zeit seines ersten selbständigen Theaterunternehmens, der Piscator=Bühne am Nollendorfplatz, noch 16 000 Mark Lustbarkeitssteuer schuldet. Da Piscator weder zur Leistung des Offenbarungseides bereit, noch zur sofortigen Teilzahlung von 1 000 Mark fähig war, wurde er verhaftet. Als am Freitag Gerichtsvollzieher bei ihm erschienen hatte er nur 300 Mark in seinem Besitz. Er wurde festgenommen, obwohl er sich bereit erklärte, den Rest der Teilsumme im Laufe des Tages herbeizuschaffen. Piscators Rechtsbeistand ersuchte den volkspartei=lichen Bürgermeister von Berlin Dr. Scholz sofort nach der Festnahme seines Klienten die Aufhebung des zivilen Haftbefehls zu veranlassen.

+ + +  
Einundzwanzig Mann ertrunken. Nach einem in Haugesund (Norwegen) aus Island eingetroffenen Telegramm, das von dem Auffinden von Wrackresten eines Haugesunder Dampfers berichtet, muss angenommen werden, dass der seit längerer Zeit vermisste norwegische Dampfer "Olv", der in Haugesund beheimatet ist, bei Island gesunken ist. Man glaubt, dass die 17 Mann Besatzung des Dampfers und vier isländische Passagiere ertrunken sind.

+ + +  
Eine Verwechslung und kein Wunder. Vor elf Jahren sind in einem Gladbacher Wöchnerinnenheim anscheinend zwei Säuglinge verwechselt worden. Vor kurzem traf eine der Mütter einen Jungen auf der Strasse, der ihrem Mann und ihrem älteren Sohn täuschend ähnlich sah. Sie ging zu der Mutter dieses Jungen, mit der sie sich überzeugte, dass sie die falschen Kinder aufgezogen haben. Nunmehr soll durch eine gerichtliche Klage, der sich im öffentlichen Interesse auch die Staatsanwaltschaft anschliesst, Klarheit in dem Fall geschaffen werden. Als Beweismittel sollen u.a. Blutproben herangezogen werden.

-----



Kraftprobe im Frühjahr.

Zur Neuwahl der Betriebsvertretung.

SPD. Bis zum Frühjahr läuft die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen ab. Die Neuwahlen dürften zu einer Kraftprobe zwischen den Gewerkschaften und den Todfeinden des Arbeiteraufstiegs in den Betrieben werden. Das ganze Geschmeiss der Kozi, Nazi und Gelben wird in wütendem Ansturm versuchen, die Position der Gewerkschaften in den Betrieben zu brechen. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, der nicht ein Hundsfott sein will, muss diesmal seinen Mann stellen und schon jetzt zäh und rastlos zum Kampf rüsten und durch stete Agitation und Aufklärung den Arbeitskollegen, der noch nicht weiss, wieviel es geschlagen hat, mit freigewerkschaftlichem Geist erfüllen, damit Männer und nicht Waschlappen, Menschen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, in die Betriebsvertretungen gewählt werden. Die freien Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, dass nur die fähigsten Köpfe in den Betrieben zur Uebernahme der Vertretung auserwählt werden dürfen, nur Leute, die durch ihr bisheriges Verhalten, durch ihr Wirken für die Gesamtinteressen ihrer Mitarbeiter sich als Charakter erwiesen und Vertrauen erworben haben.

Die starke Position, die sich die freien Gewerkschaften bisher bei allen Betriebsrätewahlen zu sichern vermochten, ist den Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Sie wissen, dass auch das Betriebsrätegesetz erst dann unter das Fallbeil der Sozialreaktion gelegt werden kann, wenn die Gewerkschaftsmacht gebrochen ist. Ihre grösste Hoffnung setzen sie deshalb auf die Kommunisten und vor allem auf die Nationalsozialisten. Diese wollen bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen - im Sinne der Arbeitgeber selbstverständlich; denn von ihnen werden sie ja unterhalten - ganz besonders grosse Erfolge erzielen. Sie haben deshalb im ganzen Reich streng vertrauliche Rundschreiben herausgegeben, worin für die Arbeit der Betriebsfunktionäre Richtlinien aufgestellt werden. Der Sinn und Zweck dieser Richtlinien besteht einzig und allein darin, gegen die Gewerkschaften zu hetzen und zu lügen. Das ist für die Nazis nicht schwer, denn sie pumpen sich ihre Lügen ohne viel Umstände einfach bei der KPD. Die Kommunisten sind wütend darüber, sie empfinden die Nazihetze gegen die Gewerkschaften als unlauteren Wettbewerb. Sie glauben, zu Lüge und Gemeinheit allein berechtigt zu sein. Sie vergessen, dass eine ganze Anzahl führender kommunistischer Funktionäre ins Nazilager gegangen ist. Kein Wunder also, wenn drüben mit den gleichen dreckigen Methoden gearbeitet wird wie bei der KPD. Im übrigen haben sich die Hitlerleute als gelehrige Schüler der Kommunisten erwiesen; sie übertreffen heute ihre sauberen Lehrer, und so bleibt den Kommunisten nichts weiteres übrig, als gegenüber den Nazis zu jammern: "Diese Burschen haben unsere Methoden gründlich studiert."

Die Nationalsozialisten werden bei den Betriebsrätewahlen überall, wo sie es vermögen, eigene Kandidaten aufstellen. Vor allem werden sie dort ihr Glück probieren, wo die Kommunisten ihnen vorgearbeitet haben, denn dort haben sie bisher schon stets ihre grössten Erfolge errungen, wie eine vor kurzem im Berliner Kabelwerk des Siemenskonzerns stattgefundene Betriebsratswahl gezeigt hat. Früher dominierten dort die Kommunisten fast unbeschränkt. Dank ihrer Tätigkeit wachsen heute Nazis, Gelbe und Stahlhelmer heran. Bei der Wahl der Vorsitzenden gingen Kommunisten und Gelbe brav zusammen. Gelbe, Kozi und Nazi

- alles zieht an einem Strick, wenn es zur grösseren Ehre des Kapitals gegen die Gewerkschaften geht.

Die viel gehassten freien Gewerkschaften werden bei den kommenden Wahlen den Kampf um den Einfluss in den Betrieben rücksichtslos aufnehmen. Sie werden diesen Kampf auch zu führen wissen und dafür sorgen, dass die Bäume der Verderber der Arbeiterbewegung nicht in den Himmel wachsen. Schon im vergangenen Jahr hat die Meute der Arbeiterfeinde geglaubt, den Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen einen Schlag versetzen zu können. Im vergangenen Jahr waren es die Kommunisten, die grosse Rosinen im Kopf hatten und sich wunder was für Erfolge versprochen. Sie sind böse hereingefallen. Auf Grund des vorjährigen Wahlergebnisses wird der Einfluss der Kommunisten in Betrieben nach einer soeben von der Gewerkschaftszeitung, dem Organ des ADGB, veröffentlichten Aufstellung folgendermassen geschätzt: Bei 5/6 der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften, bei 1 Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1% der Stimmen erhalten; im ganzen haben den Kommunisten etwa 4 bis 5% der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85% der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Wie die Kommunisten im Vorjahr so werden dieses Jahr vor allem die Nationalsozialisten auf Granit beißen, wenn sie versuchen, in den Betriebsratswahlen den Gewerkschaften beizukommen. Leute, die - die Naziklage gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft vor dem Berliner Arbeitsgericht hat es bewiesen - nicht einmal imstande sind, aus ihren Reihen einen Prozessvertreter aufzutreiben und die sich einbilden, man könne Arbeitsstreitigkeiten mit dem üblichen Hitlerklamauk lösen, haben in Betriebsvertretungen nichts zu suchen. Schwätzer, Messerhelden und feige Totschläger eignen sich nicht für die Arbeit von Betriebsräten. Hierzu braucht man die Elitetruppe aus der Arbeiterschaft. Für die Vorhut der Arbeiterbewegung - und zu ihr gehören auch die Betriebsräte - braucht man Kavaliere, aber keine Krawallerie.

SPD. Was für begeisterte Anhänger des Betriebsrätegedankens die Kommunisten sind, hat die russische Handelsvertretung in Deutschland bewiesen. Sie weigerte sich, in ihren Betrieben einen Betriebsrat auf Grund des Betriebsrätegesetzes zu schaffen. Die Folge war, dass eine ganze Anzahl von Angestellten nach langjähriger Tätigkeit entlassen wurde, ohne dass ihnen eine Abfindung gezahlt wurde und ohne dass die Möglichkeit bestand, vor dem Arbeitsgericht deswegen Klage zu erheben. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hatte deshalb im letzten Sommer bei dem Berliner Arbeitsgericht den Antrag gestellt, festzustellen, dass die Handelsvertretung betriebsratspflichtig ist. Die 10. Kammer des Arbeitsgerichts Berlin gab diesem Antrag statt. Gegen den Beschluss des Gerichts reichte nun die Handelsvertretung Rechtsbeschwerde beim Reichsarbeitsgericht ein, und sie hat sich dabei nicht darauf beschränkt, schriftlich ihre Meinung darzulegen, sie hat auch noch zur Bekräftigung ihres Standpunktes sich des Gutachtens eines deutschen Rechtslehrers bedient, von dem allgemein bekannt ist, dass er der theoretische Wegbereiter des deutschen Faschismus ist. Allein auch das hat der russischen Handelsvertretung nicht helfen können. Das Reichsarbeitsgericht hat in seiner Sitzung vom 28. Januar die Rechtsbeschwerde der russischen Handelsvertretung zurückgewiesen und ihr die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Damit ist also endgültig festgestellt, dass auch die russische Handelsvertretung, d.h. die Vertreterin des Staates, der die Parole ausgibt "Alle Macht den Räten!" trotz ihres Sträubens verpflichtet ist, für ihre Angestellten einen Betriebsrat ordnungsgemäss wählen zu lassen. - Um die Betriebsratswahl in Gang zu bringen, hat am Freitag der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten beim Arbeitsgericht Berlin den Antrag gestellt, einen Wahlvorstand zu ernennen.

# Wirtschaft Technik Gardel

Grüne Woche in Berlin.

Vor der Heerschau des Reichslandbundes.

SPD. Die diesjährige 6. Landwirtschaftliche Schau, die den Namen Grüne Woche trägt, öffnet mitten in der schwersten Wirtschafts- und Agrarkrise ihre Pforten. Sie findet wie bisher in sämtlichen Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin statt. Als Motto der Schau ist die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion und die Förderung des landwirtschaftlichen Absatzes gewählt. Um die Verwirklichung dieses Mottos zu fördern, haben sich auch Reichs- und Staatsbehörden mit einer grossangelegten Sonderausstellung beteiligt. Die Eröffnung der Grünen Woche erfolgt durch die feierliche Eröffnung der Landwirtschaftlichen Schau am Kaiserdamm am Sonnabend, den 31. Januar; die Grüne Woche dauert bis zum 8. Februar. In diesem Jahre ist sie auch wieder ein Ereignis von erheblicher politischer Bedeutung, denn nach einjähriger Pause veranstaltet der Reichslandbund in diesem Jahre wieder seine traditionelle Jahresversammlung im Zirkus Busch, wo die Redner des Landbundes von neuem die Trommel rühren werden.

Die Ausstellung ist in sämtlichen 8 Hallen und dem dazugehörigen Freigelände untergebracht. Obwohl in der Halle 2 gegenwärtig ein Internationales Reit- und Turnierfest stattfindet, ist doch ein Teil des Obergeschosses dieser Halle für die Kaninchen-Ausstellung reserviert. Die grösste Halle 1 des Ausstellungsgeländes ist zum grossen Teil der Sonderschau Produktionsumstellung und Absatzförderung vorbehalten. Grosse Pfeilschilder weisen in dieser Halle auf die verschiedenen Abteilungen hin. Die Milch-, Butter- und Käseschau des landwirtschaftlichen Instituts Oranienburg ist erstmalig mit Reichs- und Staatspreisen ausgezeichnet worden. Sie hat die Beschickung gegen das Vorjahr verdoppelt. Es wird allen Interessenten die Möglichkeit gegeben, in der vom Reichsmilchausschuss eingerichteten Milchschenke die ausgestellten Erzeugnisse selbst zu probieren. Das Freigelände dient vorwiegend zur Vorführung von verschiedenen grossen landwirtschaftlichen Maschinen. Von hier aus kommt der Besucher in die Halle 3, die für die Abteilung Geflügelzucht und landwirtschaftliche Hauswirtschaft reserviert ist. Hier wird vor allem die Erzeugung und Verwertung behandelt, sowie auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zwecks Absatzregelung hingewiesen. Auch den Förderbestrebungen für das deutsche Frischei und das Schlachtgeflügel ist hier Rechnung getragen. In einer Koststube "Huhn und Ei" wird Gelegenheit gegeben, sich von der Güte der Erzeugnisse des Hühnerhofes selbst zu überzeugen. Diese Abteilung erfährt durch die Brieftaubenausstellung des Verbandes deutscher Brieftauben-Züchtervereine diesmal eine wesentliche Erweiterung.

Die Imkerei behandelt ebenfalls das Problem von Erzeugung und Absatz. Hier sind verschiedene neue Apparate, wie die Freischwungschleuder und ähnliche für die Honigverarbeitung wichtige Maschinen bei der Arbeit zu beobachten. Besondere Bedeutung kommt der in Halle 6 untergebrachten Naturschutzausstellung zu. Diese durch graphische Darstellungen veranschaulichte Ausstellung ist die erste ihrer Art. Es wird hier den Naturliebenden der richtige Umgang mit "Mutter Grün" beigebracht und die Lehre versinnbildlicht, dass Naturschutz Dienst an der Menschheit und Dienst am Volk ist. Auch die Forstwirtschaft beteiligt sich an der Ausstellung in ähnlichem Sinne und weist auf den Naturschutz im

Walde hin.

Die traditionelle Jagdausstellung nimmt die ganze Halle 5 in Anspruch. Sie zeigt in bedeutend erweitertem Umfange Trophäen aus allen deutschen Landesteilen. Diese Jagd-Ausstellung ist diesmal deshalb so reich beschickt, weil sie im vorigen Jahr, infolge des strengen Winters 1929/30, ausfallen musste. Der Angelsport wird durch den Deutschen Anglerbund und den Märkischen Anglerbund mit vielen und interessanten Neuigkeiten vertreten. Den Anglersportgeräten gliedert sich die Abteilung Fischerei an. Es wird hier an praktischen Beispielen in 3 Aquarien mit lebenden Fischen durch Wort und Bild der Werdegang "Vom Ei bis zum Sylvesterkarpfen" vor Augen geführt.

Dem Hundefreund bringen die grossen Fachorganisationen einen umfangreichen Ueberblick über sämtliche Rassen der deutschen Hundezucht. Auf dem Gebiet der wichtigen Getreidewirtschaft werden in der Hauptsache die Bilanz der deutschen Getreidewirtschaft an beweglichen Darstellungen gezeigt. Es wird ferner die Notwendigkeit und Wirkung des Agrarschutzes für den deutschen Weizen vor Augen geführt. Eine neue Umpflanzmaschine soll in der Lage sein, die Produktion unseres Getreides um das Doppelte zu vermehren. Die Praxis muss beweisen, ob diese Voraussetzung erfüllt wird. Aehnliche Maschinen haben bereits durch Umpflanzung der Getreidepflanzen einen Mehrertrag nachgewiesen. Auch das Gebiet der Zuckerwirtschaft wird in sehr interessanten Darstellungen behandelt, ebenso die Kartoffelwirtschaft. Obst und Gemüse werden in einer grossen Abteilung, an Hand von Modellen und Bildmaterial, als Hauptgruppe der Abteilung Gartenbau vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues, gemeinsam mit der beteiligten Verwertungsindustrie, veranschaulicht. An lebenden Bäumen und Sträuchern vom Bunde Deutscher Baumschulenbesitzer werden die guten Qualitäten demonstriert.

Industrie und Technik kommen unter der Leitung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft sowie führender Fachverbände zu einer besonderen Geltung. Auch die Landwirtschaftliche Hochschule beteiligt sich mit einem Werkstoffprüffeld an der Ausstellung. Das Gebiet der Feld- und Gartenberegnung wird umfassend behandelt. Die reich beschickte Industrieschau zeigt vom Spaten bis zum Traktor, von der Zentrifuge bis zur Molkereimaschine die Produkte der deutschen landwirtschaftlichen Maschinenindustrie. Im Zusammenhang der Grünen Woche finden jeden Tag Vorträge und Versammlungen entsprechender Fachorganisationen und Reichsverbände statt. Nach allen Vorbereitungen dieser grossen Veranstaltung zu schliessen, kann derselben eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung nicht abgesprochen werden. Hoffen wir, dass sie für eine vernünftige deutsche Agrarpolitik Früchte tragen wird.

SPD. Nach dem oberschlesischen, dem mitteldeutschen und dem sächsischen Bergbau hat nun auch der Ruhrbergbau in dringenden Vorstellungen sich an den Reichskanzler gewandt und diesen gebeten, die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrags auch dann zu verhindern, wenn der polnische Sejm den Vertrag annehmen würde. Allen diesen Wünschen liegt die Befürchtung zugrunde, dass das Polen in dem Vertrag zugestandene Kohlenkontingent den inner deutschen Kohlenabsatz gegen das Interesse der Kohlenindustrie verringern würde. Bei der gegenwärtigen Krise ist das Polen zugestandene Kontingent in der Tat für den deutschen Bergbau nicht angenehm. Was soll man aber von Industriegruppen halten, deren Führer aufs stärkste gegen den Reichslandbund die Förderung der Ausfuhr und die Verteidigung der Handelsverträge durch die Reichsregierung verlangen, für ihre eigenen Interessen aber bedenkenlos vernünftige volkswirtschaftliche Grundsätze preisgeben?

## Kurstürze auf Lohndruckabsichten.

Börsenbericht für die Woche vom 26.-31. Januar.

SPD. Berlin, den 31. Januar 1931

Die Börse hat eine ereignisreiche Woche hinter sich. Seit vielen Monaten gab es nicht mehr derart heftige Schwankungen vor allem in einem so kurzen Zeitraum. Das Ergebnis dieses Hin und Her ist dennoch, dass im grossen und ganzen die Kurse vom Freitag gegenüber dem Schluss der vorigen Woche kaum nennenswerte Veränderungen aufweisen.

Ausgelöst wurden die heftigen Schwankungen durch die mannigfachsten Motive: Der Vorstoss der Vereinigten Stahlwerke gegen die Lohntarife im Falle Duisburg-Meiderich gab Veranlassung zu einer allgemeinen Abschwächung, da man heftige Kämpfe befürchtete. Die Dividendenkürzung der AEG. verstärkte den Pessimismus. Mit einem Schlage änderte sich dann das Bild, als wider Erwarten der Siemenskonzern eine unveränderte Dividende von 14 % erklärte. Als aber die Börse merkte, dass dieses Ereignis wohl die Spekulation, nicht aber ausserstehende Kreise anregte und dass es keine „aufaufträge“ gab, suchte sie sich schnellstens wieder von ihren Aktien zu trennen und schon auf der Freitagsbörse war der Traum von der festen Tendenz ausgeträumt.

So erklären sich in erster Linie die scharfen Bewegungen am Elektromarkt. AEG. gaben zunächst von 91,5 auf 88 % nach, stiegen am Freitag zunächst bis auf 92 %, schlossen dann aber mit 90 % unter der Vorwoche. Siemens-Aktien, die nach 151,5 % bis auf 146 % nachgegeben hatten, konnten sich auf die günstige Dividende hin sprunghaft bis 157 % bessern, um dann wieder auf 154,5 zu 155 % nachzugeben, womit sie aber immer noch über der Vorwoche schliessen. Die Schuckert-Aktien konnten sich mit 1,2 nach 103% in der Vorwoche am Freitag recht gut behaupten, obwohl auch bei ihnen eine stärkere Dividendenkürzung (von 12 auf 9 %) eintreten wird. Sie profitierten von der allgemeinen Befestigung des Elektromarktes. Dagegen schlossen die Chadeaktien die Woche mit 251 nach 254 Rm. pro Stück, also schwächer.

Die Lohnattacken der Schwerindustrie liessen in der ersten Wochenhälfte die Kurse der Kohlen- und Eisenaktien beträchtlich sinken, jedoch glich die Erholungswelle am Freitag die Abschlüge meist wieder aus. Vereinigte Stahlwerke waren nach 55,5 % bis auf 53 % rückgängig, besserten sich aber wieder auf 54,5 %, da im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gründung eines oberschlesischen Montankonzerns die Mitteldeutschen Stahlwerke einen grossen Barbetrag für Abgabe eines Aktienpaketes hereinbekommen und deshalb mit 95 nach 85 % ausserordentlich fest lagen. Ausgesprochen schwach waren in diesem Markt nur die Ilse-Aktien, die von 164 auf 152 % heruntersanken, ohne dass besondere Gründe dafür zu hören waren.

Ueberraschend war die Erscheinung, dass entgegen der bisherigen Gewohnheit die Kaliaktien bei der Bewegung leer ausgingen. Wohl konnten sich Salzdettfurth nach 183 auf 187 % befestigen, sie gaben dann aber wieder bis 181,5 % nach und schlossen damit um fast 10 Punkte unter dem vorwöchentlichen Kurs. Westeregeln waren 131 nach 134 % und Aschersleben 124 nach 127 %. Hier zeigen sich also durchweg nicht unwesentliche Verluste.

Stärker noch waren die Rückgänge in einigen Schiffahrtspapieren, an der Spitze die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, die von 136,75 auf 119,75 % zurückgingen. An zweiter Stelle standen wiederum Hansa-Dampfschiffahrt, deren Kurs sich von 107 auf zeitweise 97, dann 100 % senkte. Nur Ha-pag und Norddeutsche Lloyd schlossen die Woche ohne Gewinn und Verlust ab. Lebhaft war das Geschäft in den Aktien der I.G. Farbenindustrie. Von 117 nach allerdings 121 % stiegen sie am Freitag zu Beginn der Börse auf 123,5 %, schwächten sich aber im Verlauf wieder auf 121,75 % ab, sodass kein nennenswerter Wochengewinn geblieben ist, obwohl sie den zweifellos grössten Markt aufzuweisen hatten.

Jegliches Interesse haben die Bankaktien verloren, in denen nur noch geringe Umsätze erfolgen. Dabei aber zeigen sich durchweg kleine Senkungen, so bei Danatbank von 141,5 auf 137,25 % und bei DD-Bank von 110 auf 109 %. Dafür regte sich Kaufneigung für Deutsche Linoleumaktien, die auf 94 nach 91 % anwachsen, da das Paket des Generaldirektors Heilner in holländischen Besitz übergegangen sein soll.

SPD. Die von den Vereinigten Stahlwerken begonnene neue Lohndruckwelle soll für die Montanindustrie an der Ruhr System werden. In der Generalversammlung des Kruppkonzerns, die Bilanz und Geschäftsbericht für das Jahr 1929/30 genehmigte, hat Herr Krupp von Bohlen & Halbach, der Chef des Kruppkonzerns, sich die Politik der Vereinigten Stahlwerke zueigen gemacht, die Löhne der in der Schwerindustrie Beschäftigten um 20% herabzusetzen, für die Differenz mehr Arbeiter einzustellen und den im Lohn gekürzten Belegschaften eine gewisse Arbeitsgarantie für eine bestimmte Zeit zu gewähren. Dass mehr Arbeiter eingestellt werden sollen, ist kein Versprechen, sondern entspringt nur der einseitig von der Schwerindustrie gehegten Hoffnung, dass der Absatz gesteigert werden könne. Die ganze Schwerindustrie will also einen neuen zweiten sehr scharfen Lohndruck auf der ganzen Linie ausüben.

Herr Krupp von Bohlen & Halbach hat seine Forderung zu begründen versucht. Er hat den an sich diskutablen Gedanken ausgesprochen, dass sozialer Wohlstand nur durch, nicht gegen die Wirtschaft erzielt werden könne, und er hat hinzugefügt, dass die staatliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik die Selbstkosten der Schwerindustrie immer weiter hinaufgetrieben und sie schliesslich von allen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen losgelöst, auf einsamer Höhe zur Erstarrung gebracht habe. Was Herr Krupp hier behauptet, ist teils mit guten Gründen zu bezweifeln, teils unwahr. Die Selbstkosten der Schwerindustrie sind durch die vom Enqueteausschuss festgestellte Uebersausdehnung der Eisenindustrie und die damit verbundene Erhöhung der fixen Kosten für die übergrossen Anlagen in die Höhe getrieben worden, nicht aber durch unangemessene Löhne und Steuern. Infolgedessen ist keine staatliche Lohn- und Steuerpolitik, sondern nur die fehlerhafte Wirtschafts- und Betriebsführung der Montanindustrie an überhohen Kosten schuld, und es entspricht nur allen im Kampf der Klassen gemachten Erfahrungen, dass die Schwerindustrie bemüht ist, die Verantwortung und die Kosten für die von ihr gemachten Fehler auf die Belegschaften abzuwälzen.

Herr Krupp von Bohlen & Halbach unterschlägt auch die Tatsache, dass in Krisenzeiten der Anteil der festen Kosten an den Gesamtkosten steigen muss und die Gewinne normalerweise zurückgehen. Die beabsichtigte Senkung der Löhne entspricht hier der Absicht, auch unvermeidliche Krisenbelastungen auf die Belegschaften abzuwälzen.

Im kapitalistischen System gilt immer noch der von der Schwerindustrie als einer Rentnerindustrie, die von den Kartellrenten leben will, gerne vergessene Grundsatz, dass Fehldispositionen der Unternehmer von diesen selbst, und zwar durch Herabsetzung des eigenen dividendenverlangenden Kapitals zu bezahlen sind. Um diese Opfer will sich die Schwerindustrie drücken. Herr Krupp von Bohlen & Halbach erklärt kühn und furchtlos, dass die Selbstkostenkrise der Schwerindustrie, die die "Wirtschaftsführer" selbst veranlasst haben, nicht ohne neue Opfer derjenigen, die heute noch in Lohn und Arbeit stehen, überwunden werden könne. Auch in Deutschland kommt die Armut von der Povertet! Die tiefste Wirtschaftskrankheit Deutschlands ist die schon heute zu sehr gedrosselte Kaufkraft der noch Arbeitenden. Soll die sogenannte Selbstkostenkrise durch weitere Kaufkraftverringerung gelöst werden, dann könnte mit der ganzen deutschen Industrie auch die Montanindustrie einpacken.

## Wieder sinkendes Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Januar.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Freitag für Weizen wieder etwas besser. Das Angebot an effektiver Ware hatte nachgelassen, während sich gleichzeitig stärkere Nachfrage bemerkbar machte. So konnte prompte Ware etwa 1 Mark mehr erzielen. Im gleichen Umfang zogen auch die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte an. Für Roggen wurden nur geringe Preisaufläge am Zeitmarkt erzielt. Auch prompte Ware wurde höchstens  $\frac{1}{2}$  Mark die Tonne höher bewertet. Das Angebot war zwar ausreichend, doch bewegten sich die Umsätze in engen Grenzen. Mehl hatte weiter sehr schleppendes Geschäft. Die Käufer hielten sich zurück, obwohl die Mühlen trotz festen Preisen für Getreide keine erhöhten Forderungen gestellt hatten. Hafer hatte ausreichendes Angebot. Die Nachfrage blieb ruhig, jedoch konnten zumeist unveränderte Preise durchgesetzt werden.

	29. Januar	30. Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	264 $\frac{1}{2}$ -266 $\frac{1}{2}$	264 $\frac{1}{2}$ -266 $\frac{1}{2}$
Roggen	155 - 157	156 - 158
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriergerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	140 - 147	140 - 147
Weizenmehl	30,25-37,50	30,25-37,50
Roggenmehl	23,50-26,50	23,50-26,50
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 280  $\frac{3}{4}$  - 281 (Vortag 280), Mai 288 und Geld (286  $\frac{3}{4}$ ), Juli 289 $\frac{1}{2}$  (288). Roggen März 175 $\frac{1}{2}$  (175), Mai 182-182 $\frac{1}{2}$  Geld (181 $\frac{1}{2}$ ), Juli 184 $\frac{1}{2}$  Brief (183 $\frac{1}{2}$ ). Hafer März 155 (154 $\frac{1}{2}$ ), Mai 162 und Geld (162 $\frac{1}{2}$ ), Juli - (167  $\frac{3}{4}$ ).

## Berliner Viehmarkt.

(30. Januar)

SPD. Der Berliner Viehmarkt vom Freitag liess die Preise des vorigen Marktes im wesentlichen unverändert. Auf dem Rindermarkt war das Angebot eher knapp. Die Folge war ein leichtes Anziehen der Preise besonders für bessere Qualitäten. Auf dem Kälbermarkt blieben die Preise im wesentlichen unverändert. Der Markt war genügend beschickt, der Handel hielt sich zurück. Der Schweine-markt brachte bei ausreichender Beschickung ein glattes Geschäft, das bei den mageren Tieren sogar die Preise etwas anziehen liess.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 36-42 (voriger Markt 35-40), b) 28-34 (27-33), c) 25-27 (23-25), d) 20-24 (18-22), Kälber: a) - (-), b) 58-65 (58-65), c) 50-57 (50-57), d) 35-45 (35-45), Schweine: a) (über 300 Pfund) 53-55 (54), b) (240 - 300 Pfund) 53-55 (53-55), c) (200-240 Pfund) 53-55 (53-55), d) (160-200 Pfund) 51-53 (51-53) e) (120-160 Pfund) 48-50 (46-49) f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 48 (47-48).



# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 30. Januar 1931.

Der goldene Kreisel.\*

SPD. Am Tage Hoi des zweiten Jahrmonats hielt die Sänfte des Kaisers Taou-Kwang vor dem Jamun des Vizekönigs der Insel Tschu-san. Dort hatten sich die Gelehrten von Ting-hai eingefunden, um die Frage nach dem Sinn des Lebens zu erörtern. Der Literaturkanzler der Hauptstadt empfing die Sänfte vor dem äusseren Tore des Gebäudes und geleitete den Sohn der Sonne in den Saal, in dem sich die Lehrer der Weisheit versammelt hatten. Beim Erscheinen des Kaisers warfen sie sich zur Erde und schlugen ihr Haupt auf den Boden.

"Ich verdiene diese Ehre nicht," sagte der Kaiser, "denn ich bin unwissend wie meine niederste Sklavin. Steht auf, Ihr Männer der Weisheit, und lasst eure Worte hören, damit ich eure Wissenschaft lobe und die Blindheit von meinen Augen genommen sei!"

Sofort trat der Mandarin der Landwirtschaft hervor, rief den Frühlingsgott Tsai-Soih und den Gott des Feldes Schin-Nung an und pries den blühenden Kirschbaum als das Symbol für das Gedeihen des kaiserlichen Hauses. Ihm folgte der Vorsitzende des Grossen Astronomischen Rates, der den Sternenhimmel als Schutzpanzer der Insel und den Mond als die Blume der kaiserlichen Huld ausdeutete. Doch Taou-Kwang schüttelte den Kopf und sprach: "Ihr redet von der Welt, als wäre sie unser Abbild. Wie aber kann ein Abbild zweckvoll sein, wenn das Bild keinen Sinn hat? So deutet mir doch erst den Sinn des Bildes!"

Er winkte dem Hüter des Altersheims der Greise und Blinden. "Wat-Jüen," sagte er, "du bist der Älteste von uns. Du hast das Leben gesehen, Kriege und Aufruhr und Sieg und Unterwerfung. Drei Geschlechter überlebtest du - sage du mir den Sinn des Lebens!"

Der Greis trat in die Mitte des Saales, wiegte sein Haupt wehmütig, wie wenn Herbstwind die welken Köpfe des Wasserrohres schüttelt, und begann: "Das Leben wohnt in einem kostbaren Palast, o Kaiser. Aber sein Saal heisst Elend, seine Schüssel Hunger, sein Messer Gier. Trug nennt sich sein Knecht und Wortbruch seine Magd. Seine Schwelle ist Einsturz, Kummernis sein Bett, sein Spiegel drohendes Unheil."

"Wo ist also der Sinn?" unterbrach ihn der Herrscher ungeduldig. "Welchen Sinn fandest du in deinem langen Leben?"

"Der Sinn - du Tugend der Menschheit - ist der Tod. Durch den Tod leben wir. Das Versinken in Nacht, das keinem Leben erspart bleibt, macht das Wandeln im Licht wertvoll. Untergang und Ende beflügeln den Tanz ums Licht."

Der Kaiser winkte einem Jüngling mit einem hellgoldenen Engelsstorch auf Brust und Rücken. Es war der Mandarin der Findelstätte und des kaiserlichen Kinderhauses. "Beweise du ihm, Prinz Tschau-Kung, dass er Unrecht hat! Ein ewiges Sterben kann nicht der Sinn des Lebens sein!"

"Deine Weisheit übertrifft uns alle," rief Tschau-Kung. "Nicht ein ewiges Sterben ist der Sinn, - das Leben ist ein ewiges Werden. Ewig strecken sich junge, tastende Hände Neugeborner zum Licht empor, um das Unbegreifliche zu umklammern. Ewig erneut sich das Leben zu immer neuem Anfang. Ewig saugen dürstende Kinderlippen an den unerschöpflichen Brüsten des Seins. Der Sinn des Lebens ist die Geburt."

Wieder schüttelte der Kaiser sein Haupt. "Tod ist nicht der Sinn, so sagst du, Prinz Tschau-Kung - ich will dir glauben. Aber verrate mir, welchen

Sinn hat die Geburt?"

Aus dem Gefolge des Kaisers sprang jetzt ein Narr in die Mitte des Zimmers. Er trug einen goldenen Kreisel im Arm, gross wie der Kopf eines Menschen und schimmernd wie der Leib der Sonne. "Seht diesen Kreisel!" rief er den Streitenden zu und versetzte ihn in Drehung. "Wo ist sein Anfang, und wo ist sein Ende? Rund wie die Welt ist er, die Punku-Wong, unser aller Urvater, erschaffen hat. Sein Lauf ist wohl gemessen wie der Umlauf der Gestirne, und die Melodie seiner summenden Drehung ist unendlich wie der Mund Li-Tai-Pes."

"Welchen Nutzen aber hat seine Drehung, Narr?" fragte der Kaiser ungnädig.

"Darauf werde ich dir später Rede stehen, du Freude der Götter!" erwiderte der Narr. "Zuerst aber beantworte du mir die Frage: Welchen Zweck hat der Nutzen?"

Der Kaiser schwieg nachdenklich. Dann reichte er dem Narren den gelben Stab der Macht und ernannte ihn zum obersten Mandarin der Insel der Weisheit.  
Walter Meckauer.

---

### Letzter Auftritt.<sup>x</sup>

---

SPD. Die Pension, die der ehemalige Hofschauspieler Thaddäus Wormser bezog, war nicht allzu reich bemessen. Es kostete allerlei Rechenkünste, um sich mit dem bescheidenen Sümlein auf reputierliche Art durchzuhelfen, und eine Flasche alten Rheinweins am Monatsersten, erinnerungsfröhlich getrunken, musste der alte Herr, rollten die Tage dem dreissigsten zu, oft mit kleinen Entbeh- rungen bezahlen. Aber ein schönes Junggesellenheim hatte sich Wormser ge- schaffen. Freilich, nur Zimmer und Kammer, doch angefüllt mit Dingen, die ihm lieb und teuer waren. Ueber dem Schreibtisch leuchtete die strenge Totenmaske von Josef Kainz. Bilder Sonnenthals, Devrients, der Sorma und anderer Künstler grüssten von den Wänden, und fast alle trugen eine Widmungszeile an den Kol- legen und Freund, der allerdings nicht bis in die Starhöhen seiner Kunst ge- stiegen war, dafür aber noch rüstig und wohl gemut unter den Lebenden weilte, während in der Welt nun andere Namen galten und die alten allgemach verblas- ten. Ueber der kleinen Bibliothek, die zumeist aus Klassikerbänden bestand, gilbten ein paar gerahmte Theaterzettel. Der eine kündete das erste Auftreten des jungen Heldendarstellers. - O, wie liegt so weit; o, wie liegt so weit.... Ein anderer spiegelte erinnernd an ein Jubiläum, und ein dritter gab das Pro- gramm des letzten Abends wieder, des Abschiedsabends, und es war feierlich und schön auf diesem Blatte zu lesen: König Lear - Thaddäus Wormser.

Dennoch, wer weiss sich frei von Wünschen! Auch der alte Mime hatte seine. Auf dem abendlichen Spaziergange hing er ihnen nur allzu gerne nach. Ein gros- ses Reisebüro, das ihm am Wege lag, lockte gar sehr mit seinen Schiffsmo- delln und Karten, seinen nizzablauen Horizonten auf bunten Plakaten. Selbst im Regen, wie er heute schon den ganzen Tag stetig und leise herniederrann, musste Worm- ser einen Augenblick vor dem Fenster schauend verweilen. Hing da nicht ein neu- es Bild? Er trat näher. Ja, das Halbbrund eines griechischen Theaters leuchtete marmorn aus dem Rahmen. Darunter war ein fächerartig gestreuter Stoss Prospekte ausgebreitet. Er zückte das Kneiferglas. "Mit uns nach Hellas", las er. Dann glitt sein Blick wieder auf die grosse Photographie des delphischen Theaters. Schnell entschlossen trat er ein, forderte ein Exemplar des Reiseführers und stand sogleich wieder auf der Strasse, das Heftchen schnell in der Brustta- sche bergend. Sturm und Wetter konnten ihn nicht verdriessen. Fröhlich nahm er seinen Weg. "König Lear auf der Heide" nannte er sich selbst, als nun die Enden seiner Pelerine im nassen Winde flatterten. Plötzlich trat er auf etwas Hartes. Er blickte zu Boden und bemerkte einen schwarzen Lederbeutel zu sei- nen Füssen. Er bückte sich und tat es auch hier - im Regenabend auf leerer

Strasse - mit der gleichen Grandezza wie einst im Rampenlichte des Hoftheaters. Noch ehe er den Beutel öffnete, ahnte er, dass ihm ein Schatz zugefallen, dass ihm Fortuna ein Geschenk von tausend Guineen oder Zechinen lächelnd überreicht hatte. Nun, es waren keine Goldmünzen mit romantischen Namen, die durch Wormsers Hand glitten; es waren wohlgeprägte Fünfmarkstücke und ein Bündel Banknoten. Vielleicht war ihm solch ein Fund auch lieber. Mit schnellen Schritten nahm er den Weg vorbei an dem bunten Zauberfenster der Reiseagentur heimwärts.

Lange lag er wach in dieser Nacht. Er hatte den Reiseprospekt studiert und das Geld gezählt. Es war mehr, viel mehr, als er benötigte. Ja, es erschien erwägenswert, den schmalen Buchhandlungslehrling, dem er allwöchentlich unentgeltlich dramatischen Unterricht erteilte, mitzunehmen. Teils war der Junge auf so einer Reise "Stecken und Stab", teils würde es gut sein, ihn als "Publikum" zu wissen, wenn man ein letztes Mal die Verse des Thoas in Goethes "Iphigenie" sprach im einsamen Halbrund des Amphitheaters auf Griechenlands heiligem Boden. - Sehr spät erst kamen dem kindlichen alten Manne Gedanken, wer der Verlierer des Schatzes sein könnte. Nun, ein Armer wohl kaum. Vielleicht war es der Sündenlohn, den ein vergoldeter Bösewicht einem reinen Mädchen geboten, das sodann zu des Finders Glück den Beutel stolz von sich geworfen. Klang derlei auch unwahrscheinlich, im Dunkel des Halbschlafs mochte es als beruhigende Erklärung hingehen.

Am folgenden Morgen erwachte der Hofschauspieler früh. Sein Erlebnis war kein Traum gewesen. Dort lag der Beutel, dort der Prospekt. - Noch schien es zu früh zu sein, Reisevorbereitungen zu treffen. Da war es gut, dass die Wirtin Frühstück und Zeitung brachte, denn so liess sich die schleichende Zeit bestens vertreiben. Wormser las zuerst die Kunst- und Theatertribüne, dann das Lokale und die hohe Politik, und schliesslich glitten seine Augen über die Annoncen, um plötzlich ebenso staunend gebannt zu sein wie beim Anblick des gestrigen Fundes auf der nächtlichen Strasse. Das also war es!

"Armer Kassenbote, Familienvater, verlor gestern schwarzen Lederbeutel mit 3000 Mark. Der ehrliche Finder wird, um Verzweifelte zu retten, dringend um Rückgabe gebeten gegen hohe Belohnung."

Es folgten Name und Adresse. Thaddäus Wormser sass wie erstarrt, las die Anzeige zehn-, zwölffmal. Schliesslich erhob er sich und ging hinüber ins Schlafgemach. Den Gehrock legte er an, suchte den altmodischen Zylinder hervor und entleerte endlich den Beutel, das Geld zu sich steckend. In seinen Augen schimmerte es feucht, aber um seinen Mund spielte ein triumphierendes Lächeln. "Dem Mann kann geholfen werden," murmelte er und machte sich auf den Weg.

In einer Bankfiliale legte er das Hartgeld auf das Zahlbrett, tat die Scheine hinzu und empfing die geforderten englischen Pfunde. Ein Plan war in ihm gereift, Ein letzter ganz grosser Auftritt sollte es werden, und die ausländischen Banknoten erschienen ihm wichtig als romantisches Requisit.

Er fuhr in den Norden der Stadt, in jene Strasse, die der Verlierer genannt hatte. Trotzdem eine Glocke vorhanden war, klopfte der greise Herr dreimal gegen die Tür. Eine verweinte, übernächtigt aussehende Frau öffnete und liess ihn schweigend ein. In der kleinen Küche hockte der Mann. Er fuhr empor, als er den Fremden bemerkte. "Herr Kommissar," schrie er auf, "Ich hab' es verloren; ich schwöre es! Ich..." Wormser winkte ab. "Gewiss, lieber Freund, und ich bin nicht von der Polizei. Ich bin nur gekommen, um eine Frage zu stellen. Meine Lieben, glauben Sie wirklich, dass der etwaige Finder Ihnendas Geld bringen wird? Glauben Sie es?" - "Ja, ja," schrie die Frau. Aber ihre Tränen sagten dasselbe, was der Mann verzweifelt murmelte: "Herr, ich glaube es nicht." - "Ich leider auch nicht", fuhr der Hofschauspieler fort. "Die Welt ist schlecht und - doch auch wieder gut. Wie man es nehmen will." Er griff in die Brusttasche. "Meine Lieben, ich habe von Eurem Unglück gelesen und möchte Euch helfen." Vier Augen starrten ihn fassungslos an. "Hier sind die paar erbärmlichen Tausender. Leider hab' ich sie nur in englischen

Pfunden zur Hand. Erst gestern kam ich von meinen indischen Besitzungen zurück." - - -

Staunen, Zweifel, neues Verwundern und schliesslich Worte überströmenden Dankes; das alles gewährte der alte Mime. Hundert Fragen wurden gestellt. Doch er hüllte sich in vornehmes Schweigen. Schliesslich geleitete die Frau ihn unter neuen Tränen hinaus. Er kehrte heim. Dort lag noch das Zeitungsblatt, dort der Prospekt "Mit uns nach Hellas". Er trat ans Fenster, blickte auf die Strasse und dann auf seine Bilder. Ein Frauenantlitz lächelte aus einem der Rahmen. Ach, auch einer Toten Antlitz. Eine Widmungszeile lief über das Bild. Und der alte Herr im feierlichen Gehrock zitterte, als er die Worte las: "Das Land der Griechen mit der Seele suchend. - Dem Künstler Thaddäus Wormser von seiner Iphigenie."  
Roland Marwitz.

### ----- Carlyle und Friedrich Engels.X -----

SPD. Von Carlyle stammen die Worte: "Die Weltgeschichte, die Geschichte dessen, was der Mensch in der Welt vollbracht hat, ist im Grunde die Geschichte der grossen Männer, die auf Erden aufgetreten sind." Das Zitat stammt aus seiner Schrift "Ueber Helden und Heldenverehrung". Der Inhalt dieses Buches ist freilich auf einen wesentlich anderen Grundton abgestimmt, als es der willkürlich herausgegriffene Satz vermuten lässt. Mit ungewöhnlich klaren Augen sah Carlyle auch die Verheerungen im Gefolge des immer mächtiger werdenden Kapitalismus. Sein Buch will dagegen mit der Bejahung der wahren Heroen der Menschheit ankämpfen, der Feuersäulen, wie er sie nennt, die auf ihrer dunklen Pilgerfahrt auch der Menschheit den Weg aus dem industriellen Elend zeigen. Angreifbar ist unbedingt die Orientierung in der Vergangenheit, aber selbst bei vollkommen anderer Meinung bietet das Buch für den kritisch Urteilenden stärksten geistigen Gewinn, weil ein wahrhaft grosser und unvoreingenommener Charakter dahinter steht.

Dieser Charaktergrösse hat sich auch Friedrich Engels nicht entziehen können, der in seinen jungen Jahren in der englischen Industrie die Kämpfe und Wünsche der Zeit studierte. In einem umfangreichen Aufsätze setzt er sich eingehend mit einem anderen Werk Carlyles "Vergangenheit und Gegenwart" auseinander. In einem zeitkritischen literarischen Gemälde, in dem das England des 12. mit dem des 19. Jahrhunderts verglichen wird, wettet Carlyle mit äusserster Schärfe gegen den industriellen Hochmut der Zeit, gegen die faule Aristokratie der Grundbesitzer, gegen den Mammonismus der industriellen Piraten und gegen das Verschwinden einer wahrhaften Religiosität. Engels nennt diese Anklage das einzige Buch in der englischen Literatur des Jahres 1843, das lesenswert sei, weil es menschliche Saiten anschlägt, menschliche Verhältnisse darlegt und eine Spur von menschlicher Anschauungsweise entwickelt. Im Hinblick auf die Schilderung der englischen Gesellschaftsverhältnisse stimmt er ihm im wesentlichen zu. Darüber hinaus aber kann er betonen, dass die reine Klage nutzlos ist und die Schilderung eines Zustandes nur dann wirklich fruchtbar gemacht werden kann, wenn man die Voraussetzungen studiert und sie wieder als Schlüsse für die zukünftige Entwicklung verwertet.

In ähnlicher Weise setzt Engels sich mit Carlyles Kampf um eine wirkliche Religiosität auseinander. Carlyle ist natürlich kein hohler Kirchengläubiger; er ist Pantheist im Sinne Goetzes, womit er natürlich auch ein den Menschen übergeordnetes höheres Wesen annimmt. Von diesem Standpunkt aus glaubt er nicht an den endgültigen Sieg der demokratischen Gesellschaftsform, vielmehr an eine neue Zeit, in der die grossen Heroen der wieder führungsbedürftigen Menschheit die Wege weisen werden. Engels vertritt dagegen die Meinung, dass nach dem Niedergange des Christentums keine andere Religion mehr möglich sei, und dass dafür dem Menschen wieder ein menschlicher Inhalt gegeben werden wird.

Carlyles Heroenkultus aber stellt er dann bei aller Hochachtung vor dem Gegner seine eigene Ansicht gegenüber: "Als ob diese Heroen im besten Falle mehr sein könnten als Menschen! Hätte Carlyle den Menschen als Menschen in seiner ganzen Unendlichkeit begriffen, so würde er nicht auf den Gedanken kommen, die Menschheit wieder in zwei Haufen Schafe und Böcke, Regierende und Regierte, Aristokraten und Kanaille, Herren und Dummköpfe zu trennen, so würde er die richtige soziale Stellung des Talents nicht im gewaltsamen Regieren, sondern im Anregen und Vorangehen gefunden haben. Das Talent hat die Masse von der Wahrheit seiner Ideen zu überzeugen und wird sich dann nicht weiter um die ganz von selbst folgende Ausführung derselben zu plagen haben." Mit diesen Sätzen werden vorbildlich die Gedanken einer charaktervollen Persönlichkeit in eine neue und zeitgemässe Lebensanschauung weitergeleitet. Bttsn.

-----  
Peter Kropotkin.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Je mehr unsre Zeit sich in einem Kampf Aller gegen Alle verzehrt und der Kampf ums Dasein zu einer Art von Stierkampf degradiert wird, umso sehnsuchtsvoller wird man sich der Erinnerung an eine Persönlichkeit zuwenden, die in einem wogenumbrandeten Leben als Antipode unsrer Zeit anstelle des gegenseitigen Kampfes die gegenseitige Hilfe predigte. Der vor zehn Jahren - am 8. Februar 1921 - im Alter von fast 80 Jahren verstorbene russische Fürst Peter Alexejewitsch Kropotkin, der nach kurzer Tätigkeit als Kosakenoffizier sich der Ideenwelt der sozialen Revolution anschloss, darf wohl umso mehr als Mahner an unsre Zeit gelten, als er, der Prediger der gegenseitigen Hilfe, kein persönliches Opfer scheute, um im Kampfe gegen die herrschenden Gewalten seine Idee der sozialen Hilfsbereitschaft zu künden. Durch seine geographisch-naturwissenschaftlichen Studien von 1867 bis 1871 in seinen biologisch-soziologischen Auffassungen bestärkt, schliesst er sich der Internationalen an, vertritt in scharfer Weise durch Wort, Schrift und Tat die Idee der sozialen Revolution, mit dem Ergebnis, dass ihn zuerst Russland und später Frankreich auf einige Jahre ins Gefängnis stecken. Das hindert ihn jedoch nicht, mannhaft und entschieden von den wechselnden Plätzen seines Exils, vor allem von London aus, seine Gedankenwelt zu verfechten, bis er 1917 nach der siegreichen russischen Revolution wieder in seine Heimat zurückkehrt, deren Zustände ihn jedoch nicht veranlassen können, in seinem hohen Alter nochmals ins Rad der Zeit einzugreifen.

Die stark persönliche Färbung seiner Werke, von denen die "Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt" und "Die französische Revolution 1789-1793" wohl am meisten bekannt sind, machen Kropotkin, der sich gesellschaftlich freiwillig ausserhalb der Privilegien seiner Klasse stellte, auch wissenschaftlich zu einem Aussenseiter, dessen Ideen jedoch trotzdem erst recht Beachtung verdienen, da sie erfüllt sind vom Geiste menschlicher Solidarität und dem Willen zur Humanität, von dem sonst die Wissenschaft gar häufig und erst recht in unsrer Zeit weit entfernt ist. Den Wesenskern der Gedankenwelt Kropotkins macht die Lehre der gegenseitigen Hilfe als Naturgesetz und Entwicklungsfaktor aus, wobei ihm die Tierwelt als Demonstrationsobjekt dient. Wenn auch die meisten Tierarten einen Kampf von ausserordentlicher Härte um ihre Existenz wider die raue Natur zu führen haben, so stellt Kropotkin aufgrund seiner naturwissenschaftlichen Studien doch fest, dass, wo immer er auch das Tierleben in reicher Fülle auf engem Raume beobachtete, wie zum Beispiel auf den Seen, wo unzählige Arten und Millionen von Individuen zusammenkamen, um ihre Nachkommenschaft aufzuziehen; wie in den Kolonien der Nagetiere; wie bei den Wanderungen von Vögeln, dem Usuri entlang und wie bei der Wanderung von Damhirschen am Amur, er immer gegenseitige Hilfe und gegenseitige Unterstützung sich in einem Masse betätigen sah, dass er darin einen Faktor

von grösster Wichtigkeit für die Erhaltung des Lebens und jeder Spezies sowie ihrer Fortentwicklung zu ahnen begann.

Von Goethe erzählt Eckermann, dass ihm im Jahre 1827 zwei kleine, flügge gewordene Zaunkönige davongeflogen seien, und dass er sie am nächsten Tage im Neste eines Rotkehlchens gefunden hatte, das die beiden mit seinen eigenen Jungen zusammen fütterte. Darüber geriet Goethe in förmliche Erregung, denn er sah darin die Bestätigung seiner pantheistischen Anschauungen und sagte: "Wäre es wirklich, dass dieses Füttern eines Fremden als etwas Allgemeingesetzliches durch die Natur ginge, so wäre damit manches Rätsel gelöst." Lehrt so die Tierwelt die Solidarität der Gemeinschaft, so wird es, wie Kropotkin betont, zur dringenden Pflicht, dem so oft und gern betonten "harten, erbarmungslosen Kampf ums Dasein", der angeblich von jedem Tier gegen alle anderen Tiere, von jedem "Wilden" gegen alle anderen "Wilden" und von jedem zivilisierten Menschen gegen alle seine Mitbürger geführt wird, Tatsachen gegenüberzustellen, die Tier- und Menschenleben in einem anderen Lichte zeigen, und auf die überwältigende Bedeutung hinzuweisen, die soziale Gewohnheiten für die Natur und für die fortschreitende Entwicklung der Tierarten und der menschlichen Wesen haben. Mit dem unbeugsamen Erkenntniswillen seiner Kampfnatur gab sich Kropotkin der Untersuchung dieser Frage der gegenseitigen Hilfe hin, um dabei als Lehre für die Menschheit festzustellen: "Vereinigt euch - übt gegenseitige Hilfe!" das ist das sicherste Mittel, um all und jedem die grösste Sicherheit, die beste Garantie der Existenz und des Fortschritts zu geben, körperlich, geistig und moralisch. Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchste Stufe in ihren Klassen erreicht haben, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch, der primitivste Mensch, getan hat." - Daraus ergibt es sich eigentlich von selbst, dass die Menschen, um über die heutige Erstarrung in Verkehrsformen, die mehr jenen der Wilden als denen von Kulturmenschen ähneln, hinwegzukommen, die Methode der gegenseitigen Hilfe zur Grundlage des Gesellschaftskodex machen müssen, anstatt sich, wie in unsern Tagen, gegenseitig die Schädel einzuschlagen. gr.

-----  
Das erste Hunderestaurant.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Berlin ist die Stadt, in der die Dinge leuchten," hat jemand gesagt, der Berlin gut kennt. Was leuchtet? Die Reklamesonnen in der Friedrichstrasse oder die Ideen...? -

Im äussersten Westen Berlins, in einer Seitenstrasse des Kaiserdamms, ist ein kleiner Laden, in dessen Fenster Sachen für grosse und kleine Hunde ausliegen. Bei unsern vierbeinigen Freunden sind natürlich auch Complets modern. Leine und Halsband müssen aufeinander abgestimmt sein, und Schottisch ist das Neueste; sowohl Leine wie Halsband sind aus grün-rot-blau geflochtenen Lederriemen. Für die Kleinsten sind die Jumper und Pullover in den Modefarben gestrickt, und alle Sorten von Ruhekörbchen und -körben stehen zur Auswahl. Aber - derartige Geschäfte gibt es in Berlin mehrere, wo gleichzeitig die Hunde auch gebadet und geschoren werden können. Herr Martin Wolff, der Inhaber des Ladens in Berlin WW, hat eine Idee gehabt: er gliederte seinem Laden ein Hunderestaurant an. Das erste Hunderestaurant in Berlin und wahrscheinlich auch in Deutschland. Hektors und Tells, Leos und Pussis, Treffs und Männens von Berlin geben sich von 12 bis 1 Uhr ihr Stelldichein bei Onkel Wolff. Frauchen und Herrchen gehen zu Kempinski oder ins Adlon; Senta und Lux lunchen im ersten Hunderestaurant Berlins. Nur: es gibt nicht mehr als 2 Speisenfolgen: Hammelmagen roh oder gekocht. Das wird den Hunden zerschnitten auf Tellern vorgesetzt - Serviette und Besteck fehlen bislang noch -, und dann nimmt das Mahl seinen Anfang.

"Wir haben unsre Stammkunden!" sagt Onkel Wolff, ein freundlicher älterer

Herr. "Jeden Mittag kommt ein Barsoi und frisst seine 3 Pfund Hammelmagen. Gestern und heute ist er nicht hier gewesen; sein Herr hat die Grippe...; nun schicken wir die Mahlzeit ins Haus!" Das Hunderestaurant ist gedacht für diejenigen Hundeliebhaber, die im Restaurant essen und ihren Hunden kein Essen kochen können. Ein Pfund Hammelmagen kostet 40 Pfennig. (Also das tägliche Mittagmahl des Barsois 1,20 M!) Onkel Wolff, ein erfolgreicher Pudelmzüchter, ist im Laufe der Zeit auch ein tüchtiger Tierarzt geworden und hält Hammelmagen für das gesündeste Hundefutter. Er ist von Beruf Konditor, lebte lange Zeit auf der Insel Java, von wo er auch seine Hundezucht mitbrachte. - "Noch 5 Pfund Hammelmagen!" Das Geschäft blüht. Wir wollen nicht länger stören.

Draussen schiebt jemand einen halbzerbrochenen Kinderwagen vorbei, in dem unter anderen Habseligkeiten auch ein vorsintflutliches Grammophon liegt. Ein Schwarm von Kindern folgt dem Manne. Er hat eine Reihe von Stocknägeln an seinem Hutbande befestigt: er reist durch ganz Deutschland mit seinem Kinderwagen und verkauft Ansichtspostkarten. "Kaufen Sie mir doch eine Karte ab; ich bin erwerbslos!"

"Berlin ist die Stadt, wo die Dinge leuchten!" Aber dieses Licht wirft verdammt viel Schatten! Dieser und alle anderen Erwerbslosen können sich kein Mittagmahl zu 1,20 Mark leisten. - - - Pss.

SPD. Die grösste Blüte der Welt.<sup>x</sup> Im Jahre 1818 machte der Forschungsreisende Dr. Arnold mit seinem Begleiter Sir Stamford Raffles bei der Durchforschung von Sumatra eine seltsame Entdeckung. Im Innern dieses Landes fand er auf dem Erdboden eine mächtige und wunderbare Blüte, wie sie bisher in ähnlicher Art noch nicht bekannt war. Nach den beiden Entdeckern wurde die Blüte von der Wissenschaft Rafflesia Arnoldi benannt. Später wurden dann noch andere Rafflesia-Arten gefunden, sodass man heute davon etwa ein halbes Dutzend kennt, die alle auf den Inseln des Indischen Ozeans zu Hause sind. Die Rafflesien sind Schmarotzerpflanzen, die auf anderen Organismen und von den durch diese erzeugten organischen Stoffen leben. Die Blüte dieser Pflanze hat eine sehr merkwürdige Farbe; sie macht nämlich den Eindruck von rohem Fleisch. Furchtbar und ekelerregend wirkt der Aasgeruch, den die Blüte ausströmt. Die Riesensblume, die häufig von Schwärmen aasliebender Fliegen bedeckt ist, hat einen Durchmesser von etwa einem Meter. Sie wiegt ungefähr fünf Kilogramm. Der Napf im Zentrum der Blüte fasst etwa vier Liter Wasser. Wie ein unheimlich grosses Geschwür wirkt auf den Beschauer dieses seltsame Wunderwerk der Natur.

SPD. Tempelfunde in Süditalien.<sup>x</sup> In Girgenti, dem altrömischen Agrigent, wurde in jüngster Zeit eine Reihe archäologischer Sehenswürdigkeiten zutage gefördert. Es handelt sich dabei um Denkmäler, durch die unsre Kenntnis der antiken Welt eine wesentliche Änderung und Bereicherung erfahren dürfte. Am Zeustempel entdeckte man die Stücke zu weiteren fünf männlichen Gebälkträgern von riesenhafter Grösse, sodass mit dem Telamon nun sechs bekannt sind. Auch zu Füßen des dorischen Tempels der Dioskuren (Castor und Pollux) wurden kürzlich wesentliche Funde gemacht: Altäre, Tempelchen, Tonfiguren und riesige tönernen Häupter, eine weibliche Gottheit darstellend. Unterhalb des dorischen Tempels waren schon früher zwei Opferaltäre gefunden worden: 1928 der eine, kreisförmige, von 8 Meter Umfang, der in seiner Art ein Unikum darstellt, und 1929 der zweite. In allerjüngster Zeit endlich wurden zwei durch Anbauten verunstaltete Tempel in Girgenti freigelegt: der des Vulkan und der des Aeskulap. Sie sind beide von aussergewöhnlichem archäologischem Werte.

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 30. Januar 1931

In der Freitag=Sitzung wurde zunächst in die Einzelberatung der Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, der Domänenverwaltung und der Gestütverwaltung eingetreten.

Minister Dr. Steiger

erwiderte auf die von verschiedenen Abgeordneten vorgebrachten Wünsche, die Oedland=Kultur sei eigentlich Aufgabe der Provinzen, er werde aber auf eine stärkere Förderung der Kultivierungsarbeiten besonders in der Provinz Westfalen hinwirken.

Auf die Forderung, des Abg. v. Plehwe (Dn.), den Streit in der Osthilfe beizulegen, antwortete der Minister, die preussische Regierung geht mit der Reichsregierung durchaus konform bei der Umschuldungsaktion. Die Generalländschaft in Ostpreussen habe die Pflicht, im Interesse der notleidenden Landwirtschaft des Ostens diese Aktion zu unterstützen. Die Hindernisse lägen nicht bei der Reichsregierung oder der preussischen Staatsregierung.

Bei der Einzelbesprechung zum Domänenetat kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Jacoby-Raffauf (Ztr.) und dem Abg. Dr. Kaufhold (Dn.). Abg. Jacoby-Raffauf hielt dem Abg. Dr. Kaufhold vor, er habe in einer früheren Rede katholikenfeindliche Aeusserungen gebraucht und gesagt, die Beispielswirtschaften würden vorwiegend in den "schwarzen Gegenden des Westens" eingerichtet. Abg. Dr. Kaufhold erwiderte, er habe lediglich den Wunsch geäußert, dass im Interesse einer gewissen Parität auch der evangelische Osten bei solchen Anlagen berücksichtigt werde. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung erhielt Abg. Jacoby-Raffauf einen Ordnungsruf, weil er dem Abg. Kaufhold "Unverschämtheit" vorgeworfen hatte.

Abg. Stendel (D.Vp.) meinte, auch er habe den Eindruck, dass bei der Einrichtung von Beispielsgütern die katholischen Gegenden bevorzugt behandelt würden.

Minister Dr. Steiger erklärte, er habe bei der Einrichtung solcher Beispielsgüter niemals danach gefragt, welche Konfession in der Bauernschaft der Gegend vorherrschend ist. Tatsächlich verteilten sich diese Wirtschaften auch ziemlich gleichmässig auf katholische, evangelische und konfessionell-gemischte Gegenden.

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) erinnert daran, dass im Landtag auch von rechts oft genug gewünscht worden sei, dass bei der Einrichtung von Beispielswirtschaften das damals besetzte Gebiet besonders berücksichtigt werde. Dem Minister sei also kein Vorwurf zu machen. Die Beispielsgüter hatten sich durchaus bewährt.

Nach Verabschiedung des Domänen=Etats wurde ohne Aussprache die dritte Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfes erledigt, der die Wahlzeit für die Mitglieder der Landwirtschaftskammern um weitere sechs Monate verlängert. Der Entwurf wurde im Hammelsprung mit 180 gegen 138 Stimmen angenommen.

Das Haus erledigt dann den Gestüts=Etat. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Volkswohlfahrtsministeriums.

Abg. Dr. Chajes (Soz.):

Während in den Kommunen sich die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke aller Art und für das Gesundheitswesen als Folgen der ungeheuren Wirtschaftskrise ausserordentlich gesteigert haben, zeigt der vorgelegte Etat des Wohlfahrtsministeriums beim Abschnitt Gesundheitswesen aus Ersparnisgründen ganz erhebliche Abstriche. Nach unserer Auffassung wird es nicht möglich sein, mit den jetzt



eingesetzten Summen den gesteigerten Ansprüchen in Bezug auf Hebung der Volksgesundheit durch Bekämpfung der schädlichen Entlastung für die Zukunft und die erheblichen Streichungen für Jugendpflege- und -fürsorge, an Mitteln für Kinder- speisungen usw. werden Folgen haben, die sich erst in Jahren sehr zum Schaden der Volksgesundheit auswirken werden. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die optimistische Beurteilung des Standes der Volksgesundheit durch das Ministerium entspricht nicht der Wirklichkeit. Das beweist die Zunahme der sogenannten Mangelskrankheiten. Die Ursachen hierfür liegen in der furchtbaren Wirtschaftskrise mit ihrer grossen Arbeitslosigkeit. Wenn beinahe 5 Millionen Menschen erwerbslos sind und wenn insbesondere die Zahl der Erwerbslosen in einer Riesenstadt wie Berlin eine so gewaltige Steigerung erfahren hat, wenn also Millionen am Notigsten Mangel leiden, so kann das nicht ohne Einfluss auf die Volksgesundheit bleiben. Deshalb müssen Mittel da eingesetzt werden, wo sie notwendig sind. Leider fehlt bis jetzt noch immer eine einwandfreie Todesursachenstatistik. Ohne eine solche wird es nicht möglich sein, die Ursachen der Krebskrankheit festzustellen, deren Sterblichkeitsziffer erheblich die der Tuberkulose übersteigt. Es ist leider eine Tatsache, dass die Erkrankungen im Kindesalter erheblich zugenommen haben, insbesondere Tuberkulose. Die katastrophalen Folgen hiervon werden sich erst später zeigen und nach dem Urteil anerkannter Aerzte liegt die Ursache hierfür in der Verschlechterung der Ernährung. (Hört! Hört! b.d.Soz.)

Das Absinken der Infektionskrankheiten beweist an sich noch nichts für den Gesundheitszustand eines Volkes. Die Abnahme der Geschlechtskrankheiten steht sicher im Zusammenhang mit dem Geschlechtskrankheitengesetz, wenn auch erhebliche Bedenken dagegen bis heute nicht verstummt sind. Wenn trotzdem darauf hingewiesen wird, dass die Prostitution eine Steigerung erfahren hat, so beweist das nur, dass dieses soziale Uebel eine furchtbare Folge der kapitalistischen Krise ist, und dass man solchen Erscheinungen auch nicht mit Polizei und Ueberwachung beikommen kann. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die immer noch erschreckend hohe Zahl von 75 000 Tuberkulosesterbefälle wird noch übertroffen von 81.000 Todesfällen im letzten Jahr, die durch die Krebskrankheit verursacht sind. Das Ministerium wird deshalb dazu übergehen müssen, sehr energisch organisatorische Bekämpfungsmassnahmen gegen die Krebskrankheit einzuleiten.

Energische Massnahmen werden auch notwendig sein, um der Ueberfüllung des Aerztestandes Einhalt zu gebieten. Warnungen allein nützen nichts. Die Preussische Regierung wird hier auf das Reich einwirken müssen. Notwendig erscheint uns auch, dass endlich die Kompetenzen der staatlichen Medizinalbeamten gegenüber den kommunalen Gesundheitspflegern abgegrenzt werden.

Auch in diesem Jahre müssen wir wieder auf die berechtigten Klagen des Krankenpflegerpersonals in den Anstalten hinweisen. Die zum Teil überlange Arbeitszeit gefährdet nicht nur das Personal und damit die Kranken, sie wirkt sich auch unsozial aus gegenüber den Arbeitslosen. Hier muss Wandel geschaffen werden. Es darf auf keinen Fall zugelassen werden, dass das Pflegepersonal bis zu 120 Stunden wöchentlich beschäftigt wird. (Hört! Hört! b.d.Soz.) Ebenso erscheint uns Einwirkung auf das Reich notwendig, damit endlich das Reichsgesetz über die obligatorische Ausbildung des Krankenpflegepersonals kommt.

Unser Antrag über den Schutz der Bevölkerung gegen gefährliche Experimente, der anlässlich des Lübecker Kindersterbens gestellt wurde, ist vom Hauptausschuss, leider gegen die Stimmen der bürgerlichen Aerzte, angenommen worden und der Reichsgesundheitsrat hat sich, wenn auch in wesentlich abgeschwächter Form, in demselben Sinne geäussert. Leider wird von der Aerzteschaft die Oeffentlichkeit viel zu wenig aufgeklärt. Erst wenn das geschieht, wird auch das Vertrauen der Oeffentlichkeit zu den Aerzten wiederkehren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird alles tun, um durch tatkräftige Mitarbeit bei der Gestaltung des Wohlfahrtsetats der Volksgesundheit zu dienen. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Freifrau von Watter (Dtn.) wendet sich sehr scharf gegen die Krankenkassen, die der freien Wirtschaft der Aerzte Konkurrenz machen. Sie kritisiert die Neubauten von Ortskrankenkassen und deren Einrichtungen, die Verschwendung seien. Sie fordert Kontrolle der Haushalte der öffentlichen Verbände und wendet sich gegen die Ueberspannung der sozialen Fürsorge.

Abg. Frau Hessberger (Ztr.) erklärt, dass es heute keinen ernsthaften Gegner des Wohlfahrtsministeriums mehr gibt. Erfreulicherweise sei der Gesundheitszustand so gut wie nie zuvor. Die schlechte Wasserversorgung in der Eifel führe zu schweren gesundheitlichen Schädigungen der Bevölkerung. Hier sei Abhilfe dringend notwendig. Entschieden müssten alle Bestrebungen auf Lockerung des Abtreibungsparagraphen abgelehnt werden. Es sei erschütternd, dass in Berlin sich auch eine grosse Zahl von Aerztinnen für die Beseitigung dieses Paragraphen gefunden haben.

Abg. Benscheid (Komm.) erörtert die Folgen der Erwerbslosigkeit für die Volksgesundheit. Die Krise sei nicht dadurch zu lösen, dass Zentrum und Sozialdemokraten die Arbeiter zu Lohnkulis machen. Die Sozialdemokraten liefen am Schwanz der Bourgeoisie herum. (Stürmische Heiterkeit!) In Russland habe der Fünfjahresplan bereits einen Ueberschuss für das Staatsbudget ergeben.

Abg. Dr. Boehm (D.Vp.) wendet sich gegen das infolge der Wirtschaftsnot überhandnehmende Kurpfuschertum insbesondere gegen die Käsemethoden von Weissenberg. Der Einspruch des Finanzministers gegen die Erhöhung der Mittel für den Wohlfahrtsetat seien berechtigt und unverständlich die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Erhöhung der einzelnen Positionen. Er erklärt sich gegen die Aufhebung des § 218.

Abg. Prelle (Dt. Hann.) hält die Förderung des Wohnungsbaus für notwendig, weil die Frage der Volksgesundheit im engsten Zusammenhang mit der Wohnungsnot steht.

Weiterberatung Sonnabend vormittag 10 Uhr.

### Landtags=Stimmungsbild

SPD. Berlin, den 30. Jan. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag verabschiedete am Freitag zunächst ohne Aussprache in dritter Lesung das Gesetz, das die Wahlzeit zu den Landwirtschaftskammern um 6 Monate verlängert. Hierauf wurde mit der Beratung der Einzeltitel die Aussprache über den Landwirtschafts-, Domänen- und Gestütetat in zweiter Lesung beendet.

Darauf begann die zweite Lesung des Haushaltes des Wohlfahrtsministeriums die in drei Abschnitten: Volksgesundheit, Volkswohlfahrt, Wohnungs- und Siedlungswesen, erfolgt.

Zum Abschnitt Volksgesundheit sprach als erster Redner Abg. Dr. Chajes (Soz.). Er wies auf die ungeheuren Gefahren hin, die sich aus den Abstrichen an den Etatpositionen für die Volksgesundheit ergeben müssen. Eine solche falsch angebrachte Sparsamkeit müsse sich katastrophal auswirken, denn die erheblichen Streichungen an den Mitteln für Jugendpflege und -fürsorge, für Kinderspeisungen usw. schwächten naturnotwendig die Widerstandskraft der Bevölkerung. Das beweise z.B. die Zunahme der sogen. Mangelkrankheiten, eine Wirkung der furchtbaren Wirtschaftskrise. Leider fehle bis jetzt eine einwandfreie Todesursachenstatistik, ohne die es z.B. nicht möglich sei, die Ursachen der Krebs-

krankheit festzustellen, deren Sterblichkeitsziffer die der Tuberkulose erheblich übersteigt. Wie furchtbar sich die Wirtschaftskrise auswirke, beweise auch die erhebliche Zunahme der Kinderkrankheiten, die nach dem Urteil der Wissenschaftler auf den schlechten Ernährungsstand zurückzuführen sei, besonders die Zunahme der Kindertuberkulose, die sich naturgemäss erst in späteren Jahren als eine Belastung des Wohlfahrtsetats bemerkbar machen werde.

Der Redner brachte dann noch Klagen des Krankenpflegerpersonals in den Anstalten zu Gehör. Die zum Teil übermässig lange Arbeitszeit - bis zu 120 Stunden in der Woche - gefährde nicht nur das Pflegepersonal und damit den Kranken, sie wirke sich auch unsozial gegenüber den Arbeitslosen aus. Chajes forderte energische Einwirkung auf das Reich zur Schaffung eines Reichsgesetzes über die obligatorische Ausbildung des Krankenpflegepersonals. Unter Hinweis auf einen sozialdemokratischen Antrag anlässlich des Lübecker Kindersterbens verlangte der Redner zum Schluss den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen ärztlichen Experimenten.

Abg. Dr. Freifrau von Watter (Dtn.) wandte sich gegen die Krankenkassen im besonderen und gegen die soziale Fürsorge im allgemeinen. Frau Hessberger vom Zentrum konnte nicht begreifen, dass sich in Berlin auch eine grosse Zahl von Aerztinnen findet, die sich für die Lockerung des berüchtigten Abtreibungsparagraphen 218 einsetzt. Abg. Benscheid (Komm.) äusserte sich recht wenig zur Sache. Er lobte Russland, beschimpfte die Sozialdemokraten und fand für die Charakterisierung derselben eine neue Prägung: er stellte fest, dass sie am kapitalistischen Schwanz der Bourgeoisie herumlaufen. Für diese Stilblüte quittierte das Haus mit schallender Heiterkeit. Der Volksparteiler Dr. Böhm forderte schärfere Mittel gegen das überhandnehmende Kurpfuschertum, insbesondere gegen den "Propheten" Weissenberg mit seinen Käsemethoden. Abg. Prelle (Dt.Hann.) setzte sich für die Förderung des Wohnungsbaus ein, weil die Frage der Volksgesundheit im engsten Zusammenhange mit der Wohnungsnot steht.

Weiterberatung Sonnabend 10 Uhr.